ÖkologiePolitik

Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei Nr. **205** | Dezember 2026

Gentechnik



ödp

INHALT

Titelthema: Gentechnik

4 **Kurzmeldungen**
von Prof. Dr. Herbert Einsiedler

6 **Vegetationsökologie**
„Die Wahrscheinlichkeit von Problemen steigt massiv“
Interview mit Prof. Dr. Katja Tielbörger

9 **Risikoforschung**
Die EU auf dem Weg in postfaktische Zeiten
von Dr. Christoph Then

14 **Biolandwirtschaft**
In der Natur gibt es keine Monokulturen
von Jürgen Schilling

16 **Bäuerliche Landwirtschaft**
Profit für Konzerne – Risiko für Landwirtschaft und Gesellschaft
von Annemarie Volling

20 **EU-Mercosur-Abkommen**
„Ein Gift-Abkommen“
Interview mit Prof. Dr. Antônio Inácio Andrioli

ÖDP – Neues aus der Partei

22 **Co-Bundesvorsitzende**
Gemeinsam aufbrechen – mit Herz und Überzeugung für die ÖDP
Günther Brendle-Behnisch und Kirsten Elisabeth Jäkel

25 **Bundesverband**
Ermutigende Signale vom 67. ÖDP-Bundesparteitag



Foto Titelseite: oakstudio22/iStock.com; Foto Getreude: neelam279/pixabay.com

28 **Keine Gentechnik auf unseren Tellern**
von Manuela Ripa

30 **Landesverbände, unter anderem:**
Interview mit Bernhard Schmitt zum Volksbegehren „Macht auf Zeit“

34 **Abschied von Karin Fischer**

36 **Volksbegehren in Hessen „Löwenstarke Demokratie“**

39 **MOD-Stifung**
Erfolgreiche Weiterentwicklung
von Martin F. Dreß

40 **ÖDP aktiv!**
Das Teuerste wird nicht immer das Beste sein
Interview mit Andreas Huber

42 **Bundesarbeitskreis Christen in der ÖDP**
Katholikentag in Würzburg

43 **Termine, Impressum**

Entwurf

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

so oft, wie in diesem Jahr 2026 die „Brandmauer“ beschworen wurde, hätte sie es verdient, zum „Wort des Jahres“ gewählt zu werden. Oder besser zum „Unwort des Jahres“? Denn was bei allen Diskussionen seltsamerweise übersehen wird: Eine Brandmauer kann die Ausbreitung eines Brandes nur ein wenig verzögern, aber nicht verhindern. Ein Brand muss gelöscht werden! Wird er das nicht, so nützt die beste Brandmauer nichts.

Der Brand: Das ist auch die Wut auf eine Politik, die wenig dem Gemeinwohl und viel den Profitinteressen großer Konzerne dient. Sie führt oft zur politischen Radikalisierung und dem Wunsch, „es denen da oben mal so richtig zu zeigen“. Die jüngsten Wahlergebnisse erinnern an das Italien der frühen 1990er-Jahre, als die Volksparteien Democrazia Cristiana und Partito Socialista Italiano, nachdem sie das Vertrauen der Wähler verspielt hatten, binnen weniger Jahre von der politischen Bildfläche verschwanden.

Um eine Politik, die wenig dem Gemeinwohl und viel den Profitinteressen großer Konzerne dient, dreht sich auch diese Ausgabe der ÖkologiePolitik: Sie beleuchtet die neue EU-Verordnung zur Vereinfachung des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen, aber auch das EU-Mercosur-Abkommen, das den Handel und den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen intensivieren wird.

Die Interessen der großen Agrarkonzerne sind dabei klar: Es geht um eine Maximierung ihres Absatzes von Saatgut, Düngemitteln und Pestiziden. Pestizide aber zerstören unsere Gesundheit. Der Zusammenhang zwischen Pestiziden und dem Parkinson-Syndrom ist inzwischen wissenschaftlich nachgewiesen. Deshalb ist es in Deutschland seit August 2026 bei Landwirten offiziell als Berufskrankheit anerkannt. Über 8.000 haben bereits einen entsprechenden Antrag gestellt.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft ist eine fatale Sackgasse. Wir brauchen das Gegenteil: eine biologische, kleinbäuerliche Landwirtschaft. Eine Agrarwende! Ohne gentechnisch veränderte Pflanzen. Die Argumente hierfür finden Sie in diesem Heft.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren
wünschen Ihnen Ihre

Günther Hartmann *und* Jan Altnickel



Günther Hartmann
Verantwortlicher Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender verantwortlicher Redakteur

kurz & knapp

Entwurf

Vegetationsökologie

„Die Wahrscheinlichkeit von Problemen steigt massiv“

Das Europäische Parlament beschloss am 17. Juni 2026 eine neue Verordnung zu sogenannten Neuen Genomischen Techniken (NGT), um den Anbau genetisch veränderter Pflanzen zu vereinfachen. Eine Ökologie-Professorin sieht das kritisch.

Interview mit Prof. Dr. Katja Tielbörger



Foto: Heckimec/pixabay.de

Prof. Dr. Katja Tielbörger
Jahrgang 1967, studierte Biologie, promovierte und forschte an verschiedenen Universitäten im In- und Ausland. Seit 2004 hat sie an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen die Professur für Vegetationsökologie inne, seit 2012 ist sie zudem Direktorin von des Tübinger Botanischen Gartens.
katja.tielboerger@uni-tuebingen.de

Entwurf

ÖkologiePolitik: Frau Prof. Tielbörger, wie begründet die EU ihre neue Verordnung?

Prof. Dr. Katja Tielbörger: Begründet wird sie damit, dass mit neuen Techniken wie der Genschere CRISP/Cas sehr gezielte Änderungen an Pflanzen vorgenommen werden können, die sich von natürlichen Mutationen nicht unterscheiden lassen. Somit war das Ziel, NGT-Pflanzen zumindest teilweise den konventionell gezüchteten gleichzustellen, also nicht wie Gentechnik zu regulieren – was nachvollziehbar ist. Außerdem werden ähnliche Narrative bedient wie in der alten Gentechnik-Debatte: Diese Pflanzen würden zur Ernährungssicherheit beitragen oder klimaangepasst sein. Das ist jedoch nicht wissenschaftlich fundiert. Interessanterweise – und für den Natur- und Artenschutz bedenklich – gilt die neue Verordnung nicht nur für Nutzpflanzen, sondern für alle Pflanzen, also auch für Wildpflanzen.

> „Die Ökologie ist aber die Wissenschaft, die sich damit beschäftigt, welche Folgen ihr Ausbringen für die Ökosysteme haben kann.“

Wie sehen die neuen Regeln aus?

Es wurden zwei Kategorien für Pflanzen, die mit NGT entwickelt wurden, eingeführt: Pflanzen der Kategorie 1 können künftig ohne Risikoprüfung in die Umwelt ausgebracht werden. Pflanzen der Kategorie 2 brauchen nach wie vor eine Risikoprüfung, allerdings in abgeschwächter Form. Die Einordnung in Kategorie 1 beruht allein auf der Zahl und Art der genetischen Veränderungen. So dürfen NGT-1-Pflanzen beispielsweise maximal 20 Veränderungen an maximal 20 Stellen im Genom aufweisen. Diese Zahl ist jedoch völlig willkürlich. Sie sagt gar nichts darüber aus, welche Eigenschaften eine Pflanze tatsächlich hat und wie sie sich in der Umwelt verhält.

Wie wissenschaftlich war der Entscheidungsfindungsprozess?

Selbstverständlich kamen bei den Beratungen auch Wissenschaftler zu Wort. Allerdings vornehmlich aus der Molekularbiologie und Biotechnologie – und praktisch keine aus der Ökologie. Die Ökologie ist aber die Wissenschaft, die sich damit beschäftigt, wie sich eine Pflanze im Freiland verhält, welche Beziehungen sie zu anderen Arten eingeht und welche Folgen ihr Ausbringen für die Ökosysteme haben kann. Insofern ist die Ökologie die entscheidende Wissenschaftsdisziplin zum Beurteilen von Nutzen und Risiken für die Umwelt. Das Fehlen ökologischer Expertise hat zu großen blinden Flecken in der Deregulierung geführt.

> „Wenn neue Eigenschaften die Interaktion mit anderen Organismen betreffen, kann dies in einer Kettenreaktion ganze Ökosysteme verändern.“

Wie beurteilen Sie die neue EU-Verordnung?

Der definierte Grenzwert ist ziemlich sinnlos. Denn das Risiko, das von einer genetisch veränderten Pflanze für die Umwelt ausgeht, wird von ihren Eigenschaften bestimmt, nicht von der Zahl der Veränderungen im Genom. Die Veränderung eines einzigen Nukleotids kann bereits zu einem völlig anderen Phänotyp führen. Die Pflanze kann dadurch z. B. ihre natürliche Feindabwehr verändern oder verlieren. Umgekehrt können sehr viele genetische Veränderungen kaum Auswirkungen auf den Phänotyp haben. Es kommt auf die Stelle im Genom an, die verändert wird, nicht auf die Zahl.

> „Eine nachhaltige Lösung läge in der Diversifizierung unserer Landwirtschaft.“

Welche Risiken entstehen dadurch?

Da die neue Regelung für alle Pflanzenarten gilt, darf z. B. in der Forschung künftig jede mit NGT veränderte Pflanze ohne Folgenabschätzung im Freiland ausgebracht werden, wenn sie nur als NGT-1-Pflanze gilt. Geschieht dies außerhalb der Landwirtschaft, bleiben solche Ausbringungen weitgehend unbeachtet. Es muss kein Monitoring stattfinden und eine Haftung für unerwünschte Folgen entfällt. Dasselbe gilt für Anwendungen im Natur- und Arten-

schutz. Wildpflanzen kreuzen sich sicherlich mit ihren Artgenossinnen aus. Somit ist wahrscheinlich, dass durch die Deregulierung sehr viele neue Genotypen von vielen Pflanzenarten in die Umwelt gelangen, was die Wahrscheinlichkeit von Problemen massiv ansteigen lässt. Je mehr neue Organismen in die Umwelt gelangen, desto mehr können sich entweder invasiv ausbreiten oder Fehlanpassungen in natürliche Populationen einbringen. Man spricht dann von einer genetischen Kontamination.

Welche Gefahren drohen dadurch?

Unangepasste Pflanzen könnten den Bestand natürlicher Populationen gefährden. Wenn neue Eigenschaften in Wildpopulationen die Interaktion mit anderen Organismen betreffen, kann dies in einer Kettenreaktion ganze Lebensgemeinschaften oder Ökosysteme verändern. Ich sage nicht, dass dies passieren wird, aber ich denke, solche Risiken müssen zumindest für jeden Einzelfall geprüft werden, bevor man eine solche Pflanzen ins Freiland bringt. Gesundheitliche Risiken kann ich mir bei NGT-Pflanzen auf dem Acker erst einmal nicht vorstellen, da es im Interessen des Entwicklers liegt, solche zu vermeiden. Es wird aber, von der Öffentlichkeit unbeachtet, gerade eine Deregulierung für Mikroorganismen vorangetrieben, die ganz massive gesundheitliche Konsequenzen haben kann, weil viele Mikroorganismen zum Mikrobiom mehrerer Organismen gehören können.

Lassen sich für die Landwirtschaft klimaresistentere Pflanzen schaffen?

> „Vielfalt auf dem Acker streut die Risiken, reduziert den Bedarf an Dünger und Pestiziden, stabilisiert die Erträge."



Foto: Flockine/pixabay.de

Aus ökologischer Sicht liegt das Kernproblem in den Monokulturen. Sind auf einem Acker alle Pflanzen gleich, so reagieren sie auch ähnlich auf Dürre, Hitze und Schädlinge. Da der Klimawandel aber eine größere Häufigkeit von Extremereignissen bewirkt, gibt es die eine angeblich klimaangepasste Sorte nicht, denn jedes Jahr ist anders. So hat eine dürreangepasste neue Sorte im Mittel weniger Ertrag und leidet in einem feuchten Jahr stark. Eine nachhaltige Lösung läge in der Diversifizierung unserer Landwirtschaft. Vielfalt auf dem Acker streut die Risiken, reduziert den Bedarf an Dünger und Pestiziden, stabilisiert die Erträge. Das ist schon seit langem bekannt und wird von der Wissenschaft propagiert. Und da stellt sich natürlich die Frage: Warum setzen wir diesen Lösungsansatz nicht konsequent um, sondern gehen lieber Risiken für den Natur- und Artenschutz ein? Noch müssen auch landwirtschaftliche NGT-Pflanzen durch eine mehrstufige Sortenprüfung, sind also nicht viel schneller verfügbar als klassische Sorten. Und wir brauchen die Lösungen für die vielen Umweltkrisen sofort.

Frau Prof. Tielbörger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Entwurf

Risikoforschung

Die EU auf dem Weg in postfaktische Zeiten

Die EU beschloss, die Regulierung von gentechnisch veränderten Pflanzen zu lockern – und missachtete dabei aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen die Verordnung nun innerhalb von zwei Jahren umsetzen

von Dr. Christoph Then

Im Juni 2026 beschloss die EU eine neue Regulierung für Pflanzen, die mithilfe von Neuer Gentechnik (NGT) in ihrem Erbgut verändert werden. Die Verordnung 2026/1388 sieht vor, dass der Großteil der NGT-Pflanzen denen aus konventioneller Züchtung gleichgestellt werden sollen. Für diese Pflanzen entfällt eine Prüfung der Umweltrisiken. Außerdem sind Lebens- und Futtermittel, die aus diesen Pflanzen gewonnen werden, künftig nicht mehr kennzeichnungspflichtig und es gibt kein Monitoring der Auswirkungen auf Mensch und Umwelt.

Im Zentrum der Verordnung stehen die Kriterien, die dazu dienen sollen, die NGT-Pflanzen den Pflanzen aus konventioneller Züchtung gleichzusetzen. Dazu wird in Annex I der Verordnung eine gewisse Anzahl genetischer Veränderungen als Obergrenze festgelegt – 20 oder mehr, je nach Größe des Erbguts der Pflanzen. Zudem können beliebig viele NGT-Eigenschaften durch Kreuzung der Nachkommen der NGT-Pflanzen kombiniert werden. Feldversuche, kommerzieller Anbau und Import sind ohne weitere Einschränkungen erlaubt, wenn die formalen Kriterien erfüllt sind.

> Lebens- und Futtermittel, die aus NGT-Pflanzen gewonnen werden, sind künftig nicht mehr kennzeichnungspflichtig.

Auch wenn Hinweise auf Risiken für die Umwelt gefunden werden, gibt es nach der Verordnung keine rechtliche Möglichkeit, weitere Daten für eine Umweltrisikoprüfung einzufordern.

Um welche Pflanzen es geht

Die in der Verordnung genannten Grenzwerte sind willkürlich gesetzt und nicht wissenschaftlich begründet. Im Gegenteil: Viele Publikationen zeigen, dass Eigenschaften von NGT-Pflanzen weit über das hinausge-

Dr. Christoph Then
Jahrgang 1962, studierte Tiermedizin, promovierte und arbeitete anschließend für verschiedene Umweltorganisationen als Experte für Landwirtschaft, Gentechnik und Patentierung. Seit 2009 ist er Geschäftsführer des 2008 gegründeten Testbiotech e.V., einem Institut für unabhängige Folgenabschätzung im Bereich Biotechnologie.
christoph.then@testbiotech.org



Foto: Jens Schwarz

hen können, was mit konventioneller Zucht erreicht wird. Dafür reichen oft weit weniger als 20 genetische Veränderungen aus. Tatsächlich sagt die bloße Anzahl der Veränderungen nichts über die tatsächlichen Eigenschaften der NGT-Pflanzen aus.

Ein Beispiel: In einer aktuellen Publikation wird die Herstellung von NGT-Tomaten mit einem höheren Gehalt an Vitamin D3, Vitamin C, (Pro-)Vitamin A und γ-Aminobuttersäure beschrieben. Gleichzeitig ist aber der Gehalt an wertvollen natürlichen Inhaltsstoffen deutlich verringert. So führte der gentechnische Eingriff zu einer Abnahme von Stoffen, die für positive Gesundheitseffekte beim Verzehr von „normalen" Tomaten (Esculeoside) sorgen. Außerdem sind diese Stoffe für die natürliche Abwehr der Pflanzen gegenüber Pathogenen und Schädlingen (Tomatin) wichtig. Diese NGT-Tomaten erfüllen zwar die Kriterien von Annex I, aber die Wahrscheinlichkeit, dass derartige Pflanzen auch aus konventioneller Züchtung entstehen könnten, ist mehr oder weniger gleich null.

Die in der Verordnung genannten Grenzwerte sind willkürlich gesetzt und nicht wissenschaftlich begründet.

Andere Beispiele für NGT-Pflanzen, die laut der neuen Verordnung mit konventioneller Zucht gleichgestellt werden, betreffen Veränderungen der Pflanzeninhaltsstoffe, den Wuchs der Pflanzen, die Blühzeiten sowie Veränderungen bei Signalmolekülen, die in den Pflanzen produziert werden, um mit Bestäubern oder Bodenorganismen zu kommunizieren oder um Schädlinge abzuwehren. Zudem wird durch die neue Verordnung der Anwendungsspielraum erheblich erweitert, sogar Wildpflanzen dürfen jetzt gentechnisch verändert werden, die sich dann anschließend unkontrolliert in der Umwelt ausbreiten können.

Um welche Risiken es geht

Insgesamt ermöglichen neue gentechnische Verfahren einen weitaus tieferen Eingriff in die Eigenschaften von Arten und in ihre Ökosysteme, als dies bei konventioneller Züchtung oder innerhalb zeitlich begrenzter Evolutionsprozesse zu erwarten wäre. Überspitzt gesagt: Mithilfe der Neuen Gentechnik kann man „alles gleichzeitig" bei allen Arten verändern, während sich bei evolutionären Prozessen nur bestimmte Merkmale herausbilden, die sich in der Regel erst nach sehr langer Zeit in den Populationen manifestieren. Darüber hinaus ermöglichen die natürlichen Prozesse eine gegenseitige Anpassung durch Koevolution.

Die bloße Anzahl der Veränderungen sagt nichts über die tatsächlichen Eigenschaften der NGT-Pflanzen aus.

NGTs hingegen ermöglichen die Freisetzung einer großen Anzahl von Organismen unterschiedlicher Arten, die keine Koevolution durchlaufen haben und neu für die Umwelt sind.



Foto: Lancier/pixabay.de

Entwurf

Im Vergleich zu transgenen Pflanzen erweitern NGT-Werkzeuge das Spektrum der Arten, die gentechnisch verändert werden, erheblich, einschließlich nicht-domestizierter Wildpflanzen. Das bedeutet auch neue kombinatorische, kumulative und kaskadenartige Gefahren für die Ökosysteme, die über die Risiken einzelner NGT-Pflanzen hinausgehen.

Beispiele für Risiken von NGT-Pflanzen sind in der wissenschaftlichen Literatur bereits beschrieben: negative Auswirkungen auf Bestäuber und Nahrungsnetze, erhöhtes invasives Potenzial, die Schwächung natürlicher Pflanzenpopulationen, Ertragseinbußen, Insektengiftigkeit und unbeabsichtigte Auswirkungen auf Bodenorganismen.

Die Freisetzung von NGT-Pflanzen ohne ausreichende Regulierung gefährdet die Ökosysteme, kann zu einer neuen Ursache für das Artensterben werden und bedroht die Ernährungssicherheit. Es kann tatsächlich zu einem „Crack in Creation" – deutsch: „Bruch mit der Schöpfung" – kommen, wie es der englische Titel eines Buches aus dem Jahr 2017 von Jennifer Doudna, einer der beiden Erfinderinnen der Gen-Schere CRISPR/Cas, nahelegt.

Bei der Formulierung der neuen Regulierung wurden wissenschaftliche Erkenntnisse absichtlich nicht berücksichtigt.

Widerspruch zwischen Realität und Verordnung

NGT-Pflanzen mit Eigenschaften, die aus konventioneller Zucht nicht zu erwarten sind, werden konventioneller Zucht gleichgesetzt. Auf konventionelle Züchtung verbietet die EU zwar Patente, lässt es aber zu, dass sich Patente auf NGT-Pflanzen auch auf konventionell gezüchtete Pflanzen erstrecken. Wird also NGT dazu verwendet, Genvarianten von Pflanzen „nachzumachen", die in den natürlichen oder konventionell gezüchteten Populationen entdeckt wurden, kann der Patentschutz auch die traditionelle Zucht betreffen.

Das neue Gesetz sieht vor, dass der Einsatz von NGT-Pflanzen in der ökologischen Landwirtschaft nicht erlaubt ist, verlangt aber von den Firmen keine Nachweisverfahren, die zur Sicherstellung und Überprüfung einer gentechnikfreien Produktion nötig wären.

Mutmaßungen über Unwissenheit scheinen als Erklärung für die Annahme dieses Gesetzes nicht wirklich ausreichend. Zahlreiche Europaabgeordnete, die Europäische

Vortrag von Dr. Christoph Then
„Die Neue-Gentechnik-Gesetzgebung der EU und ihre Folgen für Landwirtschaft, Ernährung und Natur"
Münchner Forum Nachhaltigkeit, 16.07.2026
https://y2u.be/d68gQFzw7fM

Testbiotech e.V.
Pflanzen aus Neuer Gentechnik – alles kein Problem?
Infoflyer, Juli 2026
www.t1p.de/27qo9

Testbiotech e.V.
A crack in creation?
Freisetzungen von Organismen aus Neuer Gentechnik können die Ökosysteme gefährden
Bericht, März 2026
www.t1p.de/zqrhf

Testbiotech e.V.
Warum Pflanzen aus Neuer Gentechnik nicht dereguliert werden dürfen
Überblick & Argumente, Januar 2026
www.t1p.de/o033d

Über Christoph Then
„Fische sind doch keine Erfindungen"
Süddeutsche Zeitung, 29.06.2022
https://sz.de/1.5611954

Kommission sowie Expertinnen und Experten aus den Mitgliedsstaaten haben Testbiotech gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass sie sehr wohl verstehen, dass

- Bestimmungen wie ein Grenzwert von 20 Mutationen keine wissenschaftliche Grundlage haben;
- insbesondere gentechnisch veränderte Wildpflanzen besonders gründlich auf Risiken untersucht werden müssen;
- fehlende Beschränkungen des Patentschutzes dazu führen, dass mittelständische traditionelle Zuchtbetriebe in ihrer Existenz gefährdet werden und damit auch die Vielfalt auf dem Acker (und dem Teller).

Doch das alles hatte keinen Einfluss auf das Ergebnis der Gesetzgebung. Die EU hat eine Regulierung beschlossen, die „postfaktisch" ist. Bei der Formulierung der neuen Regulierung wurden vorliegende wissenschaftliche Erkenntnisse und entscheidende Fakten absichtlich nicht berücksichtigt.

Rolle von „Wissenschaft" und Investoren

Erstaunlich ist, dass sich nicht wesentlich mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Kritik an diesem Gesetz zu

Zu beobachten war hier die Durchsetzung marktradikaler Vorstellungen, denen sich auch die CDU und CSU verschrieben haben.

Wort gemeldet haben. Nicht etwa, weil sie sich „gegen Gentechnik" positionieren sollten, sondern weil die Verordnung offensichtlich nicht im Einklang mit dem aktuellen Stand der Wissenschaft ist. Zudem zitierten die Medien oft gerade jene Experten und Expertinnen, die die Neue Gentechnik selber anwenden, Patente anmelden und ein Interesse an Forschungsaufträgen und Investoren haben.

Es ist der Einfluss marktradikaler Kräfte, der sich hier beobachten lässt – ähnlich wie im Bereich der fossilen Energiegewinnung, wo seit Jahrzehnten wider besseres Wissen Zweifel an der Klimaforschung gesät werden, um die eigenen Geschäftsinteressen zu wahren. Diese modernen „Monsantos" sind Investoren und Tech-Konzerne, die kein



Foto: Gab-Rysia/pixabay.de

Interesse an einem handlungsfähigen Staat und Gesetzen haben, die ihre Geschäfte nicht wirkungsvoll regulieren und nicht im Sinne des Gemeinwohls beschränken.

Während Konzerne wie Monsanto in früheren Zeiten einfach den Schwerpunkt ihrer Geschäfte in andere Staaten verlegten, um die Regulierung zu umgehen, werden die heutigen „Monsantos" immer besser darin, den Staat bzw. die jeweilige Gesetzgebung so zu verändern, dass es gar nicht erst zu einer wirksamen Regulierung kommen kann.

Dass diese Interpretation für die aktuelle Situation in der EU zutreffend ist, zeigen parallel laufende Deregulierungen des Pestizideinsatzes und die Schwächung von Bestimmungen im Bereich Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. Die aktuelle Gesetzgebung zu diesen Bereichen folgt häufig nicht länger

Entwurf

der Wissenschaft und lässt die tatsächliche Faktenlage oft weitgehend außer Acht.

Gestaltung von Fortschritt

Fortschritt aufzuhalten oder zu verhindern, scheint in der Regel weder wünschenswert noch Erfolg versprechend. Deswegen ist es überlebenswichtig, technischen Fortschritt so zu lenken, dass der Schaden nicht größer als der Nutzen ist. Umwelt, Natur und eine lebenswerte Zukunft dürfen nicht zum Verkauf stehen, genauso wenig wie Grönland oder die Grundlagen von Menschenrechten und Demokratie. Wie also den Fortschritt lenken? Was kann die Gesellschaft dem oft zitierten Leitsatz der Tech-Giganten „Bewege Dich schnell und zerstöre Dinge" entgegenhalten? Vier Vorschläge:

1. Das Verständnis der Rahmenbedingungen vertiefen: Bei dieser Gesetzgebung ging es nicht darum, ob Gentechnik verboten werden soll oder was Gentechnik zur Lösung des Welthungers beitragen kann. Hier war die Durchsetzung von im Kern libertären, marktradikalen Vorstellungen zu beobachten, denen sich neben den Rechten und Liberalen v. a. auch die Parteien von CDU und CSU verschrieben haben. Diese Parteien und daraus gebildete Machtblöcke haben die Mehrheit für die jetzt beschlossene Gesetzgebung organisiert. Sie müssen sich in der öffentlichen Diskussion dafür verantworten.

2. Bei den Fakten bleiben: Die Risiken der Gentechnik können und müssen anschaulich gemacht werden. Je mehr Produkte entwickelt und je mehr Gentechnik-Pflanzen freigesetzt werden, desto klarer sind auch die Gefahren für die biologische Vielfalt, für Mensch und Umwelt zu beschreiben. Die Perspektive des Schutzes von Mensch und Umwelt muss gestärkt werden.

3. Die Interessen der Allgemeinheit benennen und verteidigen: Wir alle wollen

Christoph Then
Biologische Intelligenz
Über Evolution, Artenschutz und die Gentechnik
oekom, Dezember 2021
304 Seiten, 19.00 Euro
978-3962383572



darüber entscheiden dürfen, was wir essen und wie unser Essen produziert wird. Wir alle wollen ein vielfältiges Angebot an gesunden Lebensmitteln und eine Landwirtschaft, die die biologische Vielfalt schützt. Hier gilt es, diese Mehrheiten politisch wirksam zu machen.

4. Die Zivilgesellschaft stärken: Schlechte Gesetze sind eine Gefahr für die Allgemeinheit, können aber verbessert werden. Ob es um den Schutz der Umwelt, die Regulierung von Risikotechnologien oder den Klimaschutz geht, es kommt auf eine aktive und gestaltungsfähige Zivilgesellschaft an.

Die Zivilgesellschaft muss die Auswirkungen dieser Gesetzgebung aufzeigen, Transparenz schaffen und in die Öffentlich-

Die Debatte über Neue Gentechnik hat gerade erst begonnen. Die Gesellschaft sollte sich dieser Herausforderung stellen.

keit tragen. Ein Mittel dazu sind auch die Klagen gegen die neue Gesetzgebung vor den europäischen Gerichten. Aktuell steht auch die Deregulierung von Freisetzungen gentechnisch veränderter Mikroorganismen in Brüssel auf der Tagesordnung. Auch hier sind gute Argumente und mehr öffentliche Diskussionen gefragt. Die Debatte über die Neue Gentechnik hat gerade erst begonnen. Die Gesellschaft sollte sich dieser Herausforderung jetzt dringend stellen.

Biolandwirtschaft

In der Natur gibt es keine Monokulturen

Auch Biolandwirte kommen nicht umhin, sich mit dem Thema „Gentechnik“ intensiv zu befassen. Vor allem auch, um in Diskussionen überzeugend begründen zu können, warum die biologische Landwirtschaft langfristig das bessere Konzept ist.

von Jürgen Schilling

Mit dem Thema „Gentechnik“ kam ich das erste Mal in den 1980er-Jahren in Kontakt. Die Aussagen der Firmen waren vielversprechend. Es sollten Pflanzen geschaffen werden, die mit der Trockenheit viel besser zurechtkommen. Krankheitsresistenzen sollten den Einsatz von Spritzmitteln reduzieren. Die Kombination von Herbizidresistenz und Roundup (Wirkstoff: Glyphosat) sollte die Unkrautbekämpfung einfacher machen und weniger Herbizide erfordern. Pflanzen sollten selbst Gifte produzieren und so Schädlinge abwehren. Kurz gesagt: Es wurde fast die Eier legende Wollmilchsau versprochen.

Jede Pflanze braucht ein bestimmtes Umfeld, ein bestimmtes Milieu, um gedeihen zu können.

Allerdings funktioniert die Natur nicht wie eine Maschine: Die Unkrautkontrolle mit Roundup funktionierte nur eine kurze Zeit. Dann musste häufiger gespritzt werden, denn es traten resistente Unkräuter auf. Auch der Erfolg giftproduzierender Pflanzen war nur vorübergehend. Geblieben sind jedoch die Patente auf diese Pflanzen und die Probleme, sodass auch bei Auskreuzungen Patentgebühren fällig werden können. Geblieben sind ebenso die blumigen Versprechungen der Firmen, die auch jetzt nicht nachhaltig sein werden.



Jürgen Schilling
Jahrgang 1959, absolvierte eine Ausbildung zum Landwirt und ist seit 1995 eigenverantwortlicher Betriebsleiter auf einem gentechnikfreien Biolandhof in Mittelfranken. 1995 trat er auch in die ÖDP ein, ist seit 2016 Mitglied in ihrem Bundesarbeitskreis „Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik“, seit September 2026 als 1. Vorsitzender. Zudem ist er im Landkreis Ansbach seit 2014 Kreisrat.
juergen.schilling@oedp.de

Aus meiner Sicht ist der zugrunde liegende Ansatz verkehrt: In der Natur gibt es keine Monokulturen. Zur Vermarktung der landwirtschaftlichen Kulturen sind die Bauern teilweise auf den Anbau von Monokulturen angewiesen. Durch den Wechsel der Kulturen in der Fruchtfolge wird dies kompensiert. Hier gibt es das erste Problem: Bei der Ernte mit dem Mähdrescher bleiben immer einige Körner auf dem Feld zurück. Im Roundup-System sind diese resistent gegen Roundup. Wenn jetzt eine andere Kultur angebaut wird, die auch resistent gegen Roundup ist, wird die bisherige Kultur zum „Unkraut“, das auch nicht mit Roundup bekämpft werden kann. Also folglich Zwang zu Monokultur.

Als Biobauer habe ich eine andere Sichtweise auf die „Unkräuter“: Jede Pflanze, eigentlich jeder Organismus, braucht ein bestimmtes Umfeld, ein bestimmtes Milieu, um gedeihen zu können. Wenn die Unkräuter in Massen auftreten, zeigt dies, dass bestimmte Bedingungen im Boden herrschen, die dieser Pflanze das Wachstum begünstigen. Wenn die Bedingungen nicht verändert werden, wird die Problempflanze oder eine ähnliche immer wieder auftreten – egal ob wir sie mit Gift bekämpfen, ausreißen oder abhacken.

Einen fruchtbaren Boden erreiche ich, indem ich das Bodenleben fördere und den Humusgehalt erhöhe.

Der hinter uns liegende Sommer lässt die Versprechen von dürretoleranten Pflanzen ganz besonders erstrebenswert erscheinen. Dabei ist Folgendes zu bedenken: Pflanzen, die von Natur aus besonders gut mit Wassermangel zurechtkommen, haben ganz unterschiedliche Strategien. Manche haben besonders tiefe Wurzeln. Andere haben eine besonders feste Haut und keine Blätter, sondern Stacheln. Manche können die Blätter besonders gut einrollen, um die Verdunstung zu reduzieren. Es sind also viele Genabschnitte, die hier beteiligt sind und erst einmal identifiziert werden müssen. Das weitere Problem in der Praxis ist das unberechenbare Wetter. Es können sich trockene Perioden mit nassen abwechseln. Die Pflanze muss also beides überstehen.

Auch hier habe ich als Biobauer einen anderen Ansatz: Zuerst betrachte ich den Boden. Er muss in der Lage sein, Wasser möglichst gut aufzunehmen und zu speichern. Dies kommt nicht nur den Pflanzen zugute, sondern reduziert auch die Hochwassergefahr. Einen fruchtbaren Boden erreiche ich, indem ich das Bodenleben fördere und den Humusgehalt erhöhe. Beides speichert Kohlenstoff im Boden, ist also auch für das Klima gut. In der Praxis bedeutet das: Mischkulturen, wo möglich; möglichst lange Bodenbedeckung mit Pflanzen; schonende Bodenbearbeitung; keine zu schweren Maschinen und natürlich eine vielseitige Fruchtfolge.



Foto: Jürgen Schilling

Entwurf

Bäuerliche Landwirtschaft

Profit für Konzerne – Risiko für Landwirtschaft und Gesellschaft

Die von der EU beschlossene Deregulierung von gentechnisch veränderten Pflanzen bedroht die kleinbäuerliche Landwirtschaft – egal ob sie biologisch oder konventionell betrieben wird. Die muss sich dagegen wehren. Und sie wehrt sich.

von Annemarie Volling

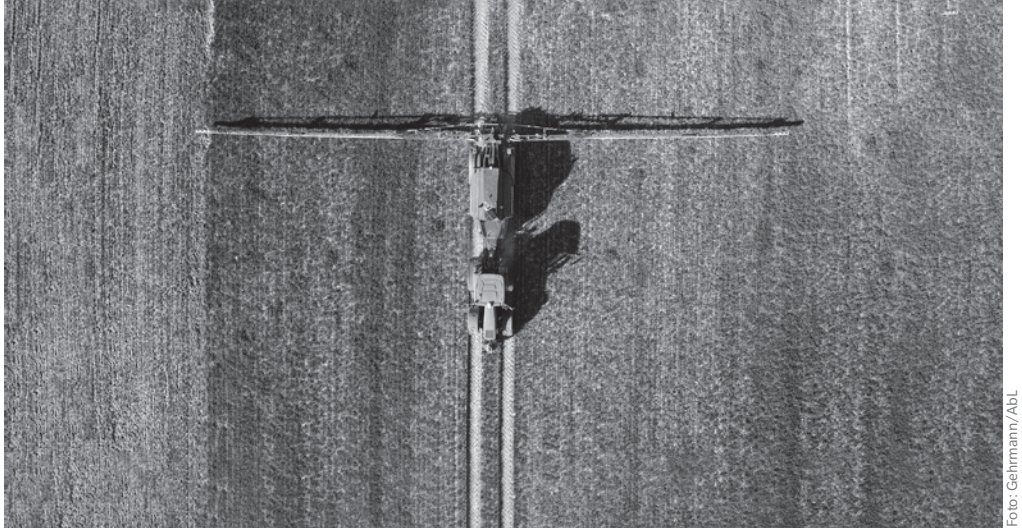


Foto: Gehrmann/AbL

Als einen „historischen Tag" bezeichnete die Verhandlungsführerin Jessica Polfjärd von der Europäischen Volkspartei (EVP), der auch die CDU/CSU angehört, den Beschluss des sehr umstrittenen Gesetzes zur Deregulierung sogenannter Neuer Gentechnik bei Pflanzen am 17. Juni 2026. Kurz vor der Abstimmung im Europaparlament forderte die Schwedin alle Abgeordneten auf, die gestellten Änderungsanträge abzulehnen, denn diese würden „Innovationen verhindern und die Landwirtschaft schädigen".

Konträr dazu forderte Christophe Clergeau, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D-Fraktion), für die Änderungsanträge zu stimmen, um „freien Zugang zu Saatgut zu sichern und sich gegen die Privatisierung von Gemeingütern" zu stemmen.

Die Abgeordneten der EVP stimmten in der anschließenden Abstimmung zusammen mit den rechtsextremen und den liberalen mehrheitlich für die Deregulierung Neuer Gentechniken (NGT). Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) kommentierte dies in ihrer Pressemitteilung so: „Es ist verantwortungslos, wie die Mehrheit der Parlamentarier mit der Zukunft unserer Lebensmittelerzeugung und mit den Existenzen der landwirtschaftlichen Betriebe und der mittelständischen Saatgutzüchtung umgehen."



Annemarie Volling
Jahrgang 1971, wuchs auf einem landwirtschaftlichen Betrieb auf, absolvierte eine Ausbildung zur Umwelttechnischen Assistentin, studierte Umweltwissenschaften und arbeitet seither als Beraterin in der Landwirtschaft. In der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e. V. ist sie als Gentechnik-Expertin engagiert.
volling@abl-ev.de

Foto: Ingo Hilger

Entwurf

Hypothetische Versprechen

„Eine wegweisende Entscheidung" nannte es Copa-Cogeca, zwei in Brüssel eng kooperierende europäische Bauernverbände. Der Rechtsrahmen beschleunige die Entwicklung von Pflanzensorten, die sich besser an den Klimastress anpassen könnten, höhere Erträge liefern und widerstandsfähiger gegen Schädlinge und Krankheiten seien. Dies diene der Ernährungssicherung und Wettbewerbsfähigkeit.

All das bleiben aber hypothetische Versprechen. Selbst in Ländern, wo NGT schon seit Längerem dereguliert ist, gibt es solche Pflanzen nicht. Insbesondere Ertrag und Trockentoleranz sind sehr komplexe Eigenschaften, die mit dem Ein- und Ausschalten von Genen – das, was die Neue Gentechnik maßgeblich kann – nicht zu erreichen sind. Abgesehen davon nützen trockentolerante Pflanzen wenig bei Überschwemmungen. Vielmehr braucht es resiliente Anbausysteme und Risikostreuung sowie Vielfalt in den Kulturen und im Saatgut.

Ertrag und Trockentoleranz sind sehr komplexe Eigenschaften, die mit dem Ein- und Ausschalten von Genen nicht zu erreichen sind.

Auch der reine Fokus auf den Ertrag ist unzureichend, weil eine höhere Produktion in der Vergangenheit selten zu höheren Erzeugerpreisen und stattdessen zu mehr Druck auf den Märkten geführt hat. Für die Bauern und Bäuerinnen wäre das also eher kein Gewinn.

Hinzu kommt, dass bisherige Gentechnik-Standards und die europäischen Wettbewerbsvorteile der gentechnikfreien Erzeugung durch das NGT-Gesetz ausgehebelt werden. Kann aber Europa sein bisheriges Alleinstellungsmerkmal nicht mehr sicherstellen, weil durch die Abschaffung bisheriger Schutzmaßnahmen Gentechnik-Kontaminationen vorprogrammiert sind, so wird es mit seinen Bauern und Bäuerinnen zum austauschbaren Rohstofflieferanten. Dies wird den gentechnikfrei Erzeugenden ihre Wirtschaftsgrundlage und womöglich ihre Existenz kosten.

Profit für Konzerne

Auch eine Koalition aus 30 Organisationen der europäischen Agrar- und Lebensmittelindustrie, darunter der europäische Verband der Bioindustrien EuropaBio, die

Es braucht resiliente Anbausysteme und Risikostreuung sowie Vielfalt in den Kulturen und im Saatgut.

europäische Plattform „Plants for the Future" und der europäische Verband der Mühlenindustrie begrüßte das Deregulierungsgesetz. Der neue Rechtsrahmen sei „ausgewogen und wissenschaftlich fundiert" und „gewährleiste gleichzeitig Transparenz, Sicherheit und Rechtsklarheit". Sie

werden sich für deren effektive Einführung einsetzen.

Aus der Perspektive der gentechnikfreien Wertschöpfungskette ist das Deregulierungsgesetz einseitig. Es dient allein den Gentechnik-Konzernen. Denn für ca. 90 % der zu erwartenden NGT-1-Pflanzen (Nutzpflanzen, deren Erbgut mithilfe Neuer Gentechnik so verändert wurde, dass sie als gleichwertig mit konventionell gezüchteten oder natürlich entstandenen Pflanzen gelten) gibt es keine Sicherheitsprüfung mehr.

Bisherige Gentechnik-Standards und die europäischen Wettbewerbsvorteile der gentechnikfreien Erzeugung werden durch das NGT-Gesetz ausgehebelt.

Die Kriterien zur Festlegung, ob eine NGT-Pflanze in die Kategorie 1 fällt, sind wissenschaftlich nicht begründbar und sagen nichts über deren Sicherheit in Bezug auf Gesundheits- und Umweltauswirkungen aus, kritisieren Wissenschaftler. Alle Schutzmaßnahmen vor Gentechnik-Verunreinigungen und Haftungsregelungen im Schadensfall gelten nicht mehr. Auch die bisher verpflichtende Bereitstellung von Nachweisverfahren durch die Gentechnik-Hersteller wird abgeschafft, was eine Rückverfolgbarkeit und Rückholbarkeit aus der Umwelt oder unseren Lebensmitteln im Schadensfall quasi unmöglich macht.

Alle Schutzmaßnahmen vor Gentechnik-Verunreinigungen und Haftungsregelungen im Schadensfall gelten nicht mehr.

Das Verursacherprinzip wird torpediert, da die enormen Kosten und der massiv steigende Aufwand den gentechnikfrei Erzeugenden aufgebürdet werden. Einzig gekennzeichnet wird NGT-1-Saatgut – der Rest der Wertschöpfungskette und die Verbraucher haben keine Transparenz und keine Wahlfreiheit mehr. Das ist das Gegenteil von Transparenz, Sicherheit und Rechtsklarheit.



Foto: Gehrmann/AbL

Entwurf

Saatgut-Monopolisierung

Der Deutsche Bauernverband (DBV) begrüßt das Deregulierungsgesetz einerseits, bemängelt andererseits, mit der möglichen Einführung von Patenten auf Saatgut sei eine rote Linie überschritten. „Wenn zentrale Pflanzeneigenschaften von einzelnen Unternehmen monopolisiert werden, verlieren Landwirtschaft und Züchter den Zugang zu wichtigem genetischem Material. Durch die Einführung von Patenten wird der Züchtungsfortschritt entscheidend blockiert“, kritisiert DBV-Präsident Joachim Rukwied.

Kann Europa sein bisheriges Alleinstellungsmerkmal nicht sicherstellen, so wird es zum austauschbaren Rohstofflieferanten.

Der DBV fordert die EU-Kommission auf, rechtsverbindliche Vorschläge in der Patentierungsfrage auf den Weg zu bringen. Das Bündnis „Kein Patent auf Saatgut!“ fordert schon lange rechtssichere Verbote von Patenten auf Pflanzen, deren Produkte und genetische Eigenschaften, egal ob diese mit NGT hergestellt oder konventionell gezüchtet wurden. Die Regelungen im Gesetz sind völlig unzureichend, da Lizenzplattformen und Verhaltenscodexe das System forcieren, statt Patente wirksam zu verbieten.

Widerstand und Selbsthilfe

Die AbL ruft im Namen der Bauern und Bäuerinnen zum Widerstand gegen das Deregulierungsgesetz auf! Und wird aktiv – politisch und juristisch. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes dauert es zwei Jahre. Auf EU-Ebene müssen zunächst delegierte Rechtsakte umgesetzt werden, die u. a. das Verfahren regeln, welches ermöglichen soll, mit einer NGT-Sorte den NGT-1-Status zu erreichen.

Bei der Umsetzung der jetzt beschlossenen EU-Verordnung ins nationale Recht ist die Bundesregierung gefordert, die engen Spielräume zu nutzen, um für alle Betriebe, die weiter gentechnikfrei erzeugen wollen – bio und konventionell –, vom Saatgut über Landwirtschaft bis zu Verarbeitung und Handel, das Recht auf gentechnikfreie Erzeugung durchzusetzen.

Damit Landwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) so etwas in Betracht zieht und umsetzt, braucht es großen politischen Druck aller kritischen Organisationen. Es gilt, wieder gentechnikfreie Regionen und Kommunen zu gründen und/oder auf dem eigenen Betrieb zu erklären, dass man gentechnikfrei bleiben will.

In einem ersten Schritt prüft die AbL eine Klage gegen das Deregulierungsgesetz durch Betroffene aus der gentechnikfreien Landwirtschaft. Direktklagen gegen EU-Gesetze sind vor allem Mitgliedsstaaten vorbehalten. Für direkt Betroffene sind die Zulassungshürden sehr hoch. Aus Sicht der AbL ist aufgrund der großen Gefahren und der wirtschaftlichen Verluste dennoch der Klageweg zu versuchen. Inhaltlich verstößt es gegen das Vorsorgeprinzip und weitere EU-Grundrechte.

Die AbL ruft im Namen der Bauern und Bäuerinnen zum Widerstand gegen das Deregulierungsgesetz auf!

Diese wichtige Arbeit erfordert viel Geld. Wer sie finanziell unterstützen will, ist herzlich willkommen!

Dieser Artikel erschien erstmals in der „Unabhängigen Bauernstimme“, Ausgabe 7/2026, die regelmäßig über aktuelle Entwicklung im Bereich Gentechnik berichtet. Für die ÖkologiePolitik wurde er redaktionell leicht bearbeitet.

EU-Mercosur-Abkommen

„Ein Gift-Abkommen“

Das EU-Mercosur-Abkommen zwischen der EU und vier südamerikanischen Staaten soll durch den Abbau von Handelshemmnissen den Handel intensivieren – auch den mit Agrarprodukten. Ein brasilianischer Agrarökologie-Professor warnt davor.

Interview mit Prof. Dr. Antônio Inácio Andrioli

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Andrioli, welche Rolle spielt Gentechnik in der brasilianischen Landwirtschaft?

Prof. Dr. Antônio Inácio Andrioli: Die Gentechnik hat in Brasilien eine dominante Rolle eingenommen – insbesondere bei Soja, von der bereits etwa 95 % gentechnisch verändert sind. Dieses Modell basiert auf Monokulturen und dem massiven Einsatz von Pestiziden. Brasilien ist „Weltmeister im Pestizid-Einsatz“ mit rund 1 Mrd. Kilogramm pro Jahr. Allein die Soja-Anbaufläche ist mittlerweile so groß wie ganz Schweden.

Welche Auswirkungen hat das auf die Lebensmittel?

Die Lebensmittel sind zunehmend mit Pestizidrückständen belastet. Von den 10 in Brasilien am häufigsten verwendeten Wirkstoffen sind zwar 7 in der EU verboten, ihre Produktion und ihr Export sind aber erlaubt.



**Prof. Dr.
Antônio Inácio Andrioli**
Jahrgang 1974, in Brasilien geboren und aufgewachsen, absolvierte zunächst eine Ausbildung zum Agrartechniker und studierte dann Philosophie, Psychologie und Soziologie auf Lehramt. In Deutschland promovierte er zum Thema „Biosoja versus Gensoja“. 2009 wurde er in die Gründungskommission der neuen brasilianischen Universität UFFS berufen, war von 2011 bis 2019 deren Vizepräsident und ist dort bis heute Professor für Agrarökologie und nachhaltige ländliche Entwicklung.
antonioandrioli@yahoo.com.br

Entwurf

Sie werden dann im Fleisch und im Soja wieder in die EU zurückimportiert. Untersuchungen in 1.396 Gemeinden stellten 27 Giftstoffe in 25 % der Wasserquellen fest. Zudem scheinen gentechnisch veränderte Pflanzen immunschwach zu sein, werden nachweislich mehr von Schädlingen und Krankheiten befallen als konventionelle Pflanzen. Dass ihr Verzehr zu Gesundheitsproblemen führen kann, zeigten Tierversuche.

Welche Auswirkungen hat das auf das Leben der Bauern?

Die Gentechnik führt zur Konzentration von Land, zur sozialen Ungleichheit und zur Landflucht. Da die Produktion von gentechnisch veränderter Soja erst ab 200 Hektar wirtschaftlich ist, werden Kleinbauern verdrängt. Viele verschulden sich oder werden landlos. Die Agrarindustrie setzt die Bauern unter Druck, ihr Land billig zu verkaufen – wenn sie es sich nicht gleich selbst nehmen. Die Landkonzentration ist heute so ausgeprägt wie nie zuvor in der über 500-jährigen Geschichte Brasiliens.

Wie setzen die Agrarkonzerne ihre Interessen durch?

Die Großgrundbesitzer und Agrarkonzerne haben eine überwältigende Macht in Politik, Justiz und Medien, stellen über 60 % der Parlamentssitze. Unternehmen wie Monsanto entwickeln gezielt gentechnisch verschlechterte Pflanzen, die mehr Pestizide benötigen – das sichert ihre Profite. Zur Vernebelung ihrer Macht ändern solche Konzerne ständig ihre Firmenstrukturen und -namen.

Welche Konsequenzen hat das EU-Mercosur-Abkommen auf die brasilianische Landwirtschaft?

Das EU-Mercosur-Abkommen ist aus meiner Sicht ein „Gift-Abkommen“. Der Abbau von Zöllen macht den Import von Rohstoffen in die EU billiger, die Nachfrage steigt – und damit in Brasilien der Druck auf die Produktion. Das führt zu noch mehr Monokulturen und Entwaldung – bereits 20 % des Amazonasgebiets sind entwaldet, bei 25 % kollabiert das gesamte System. Der Pestizideinsatz wird steigen. Die Großgrundbesitzer werden profitieren, Landkonzentration, Landraub, Armut und Hunger zunehmen.

Welche Konsequenzen hat das EU-Mercosur-Abkommen auf den europäischen Lebensmittelmarkt?

Produkte von Tieren, die mit Genpflanzen gefüttert wurden, müssen in der EU nicht gekennzeichnet werden. Die Verbraucher konsumieren Rückstände von Pestiziden, ohne es zu wissen. Der Fleischkonsum in Europa ist zudem ein zentraler Treiber des Klimawandels und Biodiversitätsverlusts. Außerdem soll Europa Agrartreibstoffe importieren: Ethanol aus Mais und Zuckerohr, Diesel aus

> **„Die Gentechnik führt zur Konzentration von Land, zu sozialer Ungleichheit und zu Landflucht.“**

Soja. Die stammen auch aus Monokulturen, führen zu Entwaldung, werden mit sehr viel chemischen Düngemitteln, Pestiziden und fossilen Treibstoffen erzeugt. Mehr zollfreie Produkte aus Lateinamerika nach Europa, hergestellt unter niedrigeren sozialen und ökologischen Standards, verzerren die Preise landwirtschaftlicher Produkte in Europa. Insgesamt schadet der Freihandel den kleinbäuerlichen Betrieben auf beiden Seiten des Atlantiks zugunsten der Agrar- und Chemieindustrie Europas. Dadurch wird die einzige Möglichkeit zu einer nachhaltigeren, gesünderen und sozialverträglicheren Lebensmittelproduktion weltweit zerstört.

Herr Prof. Andrioli, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Antônio Inácio Andrioli
Brasilien zwischen Hoffnung und Illusion
Kritische Blicke auf ein Land in der (Öko-)Krise
oekom, Oktober 2020
280 Seiten, 26.00 Euro
978-3-96238-260-5



Interview mit Antônio Andrioli
„Die Kleinbauern auf beiden Seiten des Atlantiks verlieren“
taz, 27.03.2026
www.t1p.de/78yej

o.V.
Bayerischer Naturschutzpreis 2020 für Antônio Inácio Andrioli
BUND Naturschutz, 27.01.2020
www.t1p.de/u6mw0



Foto: kaosnoff/pixabay.com

Gemeinsam aufbrechen – mit Herz und Überzeugung für die ÖDP



Günther Brendle-Behnisch

Ein neuer Bundesvorstand ist gewählt – wobei, so neu ist er gar nicht: Es hat einige Positionswechsel gegeben und es sind fünf neue Bundesvorstandsmitglieder hineingewählt worden. Der größte Teil des alten Bundesvorstands gehört aber auch dem neuen Bundesvorstand an. Für diese Kontinuität haben wir geworben und der Bundesparteitag hat uns dazu das Vertrauen ausgesprochen – und dafür zuallererst einmal ganz vielen herzlichen Dank!

Ein solcher großer Vertrauensvorschuss stellt natürlich gleichzeitig auch einen entsprechenden Auftrag und dementsprechend hohe Erwartungen an den neuen Bundesvorstand dar. Wir wollen alles daransetzen, diesem Auftrag und den Erwartungen auch gerecht zu werden:

In der Kontinuität, indem wir die begonnenen Arbeiten fort- und auch zu Ende führen werden, wo immer dies möglich ist. Zum Beispiel in der Verwaltung, wo wir die Umstrukturierung und damit auch zunehmende Professionalisierung fortsetzen und die neue Verwaltungssoftware implementieren wollen.

Im Aufbruch, denn wir wollen und müssen unsere ÖDP fit machen für die großen Wahlen, die vor uns stehen, damit wir unser EU-Mandat mindestens erhalten können – und zwar auch dann, wenn nun tatsächlich eine Prozenthürde eingeführt wird; und damit wir in den kommenden Bundestagswahlen wieder deutlich bessere Ergebnisse erzielen.

Dazu gehört eine neue Begeisterung gerade in unseren Tagen, wo sich im Volk immer mehr Resignation breitmacht und mittlerweile die Gefahr immer deutlicher vor Augen steht, dass die Resignation schließlich in Extremismus und Gewalt umschlägt: eine neue Begeisterung für unser Programm, das wir für das beste aller Programme halten und wo wir Lösungen bereithalten – dort, wo in unserer Gesellschaft nur noch Probleme gesehen werden. Und wenn ich ÖDPler frage: „Warum bist Du in die Partei eingetreten?“, dann kommt immer das Programm oder wenigstens wesentliche Programmpunkte, für die wir stehen und die man bei den anderen Parteien vergeblich sucht. Und es sind unsere Werte, weswegen wir in dieser Partei sind und die wir wieder neu in die Diskussion und in die Öffentlichkeit hineintragen wollen; die christlich-humanistischen Werte unseres Grundsatzprogramms, die gerade jetzt in einer vom Verfall unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts bedrohten Gesellschaft so sehr wie nie zuvor gebraucht werden. Und diese Begeisterung muss heißen: Es ist richtig und notwendig und es lohnt sich, unser Programm und unsere Werte in unserem Volk bekannt zu machen; und deswegen muss aus dieser Begeisterung die Motivation kommen, aufzustehen und ins Handeln zu kommen, mit Aktionen, mit Gesprächen und damit, andere Menschen davon zu überzeugen, dass diese Schritte – für die Umwelt, für die Artenvielfalt, für eine Energiewende und eine bessere Klimapolitik, für ein besseres soziales Miteinander und einen entsprechenden Sozialaufbau statt des vorherrschenden Sozialabbaus, für eine enkeltaugliche Politik – jetzt richtig und notwendig sind und – ja, natürlich – dass wir wieder mehr Mitglieder gewinnen und endlich wieder wachsen.

Eben das ist es, was wir uns als Bundesvorstand für die kommenden zwei Jahre auf unsere Fahnen geschrieben haben: Wir wollen nach außen gehen, unseren Schwerpunkt auf die Außenwirkung legen und die ÖDP überall bekannt machen. Und wir haben ein Thema ausgemacht, mit dem wir völlig alleine in der politischen Landschaft stehen und wo die alternativen, nachhaltig arbeitenden Verbände auf eine anständige politische Vertretung nur so warten: das Thema Wirtschaft, mit unserer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, mit dem wir uns profilieren können als eine neue Wirtschaftspartei der ökologischen und sozialen Gemeinwohlwirtschaft, die weg vom Credo des ewigen Wirtschaftswachstums und der Gewinnmaximierung endlich ein gutes Leben für alle sichern kann. Ja, wir werden erwartet von diesen alternativen Wirtschaftsverbänden, von der Forschung und der Wissenschaft, die auf diesem Weg bereits vorangeschritten sind, denn sie mahnen an, dass sich in der politischen Landschaft bisher noch niemand um dieses Thema gekümmert hat – außer uns. Diese Chance wollen wir ergreifen, um unseren Zielen einer enkeltauglichen Zukunft endlich näher zu kommen. Und ich will schließen mit einem von mir ergänzten Motto einer nachhaltig arbeitenden Firma, die ich auf dem „Beyond Economy-Festival“ in München kennen gelernt habe: „Shift happens!“ – Let us be part of it and work it out! („Veränderung passiert!“ – Lasst uns daran teilhaben und sie ausarbeiten!)

Wenn Sie nun diese Ausgabe unserer ÖP in der Hand halten, ist es bereits Advent. „Advent“, das bedeutet „Ankunft“ und es meint die Ankunft des Jesus-Kindes in der Krippe von Bethlehem, die wir an Weihnachten feiern. Dieses Kind wird auch als der Friedenskönig gefeiert. Egal, ob Sie nun daran glauben oder nicht: Lassen Sie uns Weihnachten als Friedensfest feiern, in der Hoffnung, dass wir endlich diesen Frieden erleben dürfen in den vielen Kriegs- und Konfliktherden dieser Welt – angefangen mit dem Ukraine-Krieg über Gaza, Iran und ganz besonders auch Sudan –, und lassen Sie uns die Adventszeit als Vorbereitungs- und Sehnsuchtszeit für diesen Frieden leben, an die vielen unglücklichen und schuldlosen Menschen denken, die diese Kriege erleiden müssen – und, wo möglich, für diesen Frieden tätig werden, uns einsetzen, wo wir Möglichkeiten sehen.



Foto: Marcus Lieder

Auch wenn es noch ein paar Tage hin ist: Ihnen und Ihren Familien und Angehöri-

Entwurf

gen ein frohes und gesegnetes und friedevolles Weihnachtsfest und ein gutes und ebenso friedevolles neues Jahr.

Ihr Co-Bundesvorsitzender
Günther Brendle-Behnisch



Kirsten Elisabeth Jäkel

Der 67. Bundesparteitag wird mir noch lange in Erinnerung bleiben. Ich habe schon viele Bundesparteitage erlebt, aber eine solche Aufbruchstimmung wie diesmal habe ich bisher noch nicht gespürt. Die vielen Gespräche, die konstruktiven Diskussionen und der gemeinsame Wille, etwas zu bewegen, haben mich tief beeindruckt. Sie machen mir Mut und bestärken mich in meiner Überzeugung: In unserer ÖDP steckt noch viel mehr, als wir manchmal selbst glauben.

Für das Vertrauen, das mir mit der Wahl zur Co-Bundesvorsitzenden entgegengebracht wurde, bin ich sehr dankbar. Ich sehe es nicht nur als Anerkennung meiner bisherigen Arbeit, sondern vor allem als Auftrag, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam mit Günther Brendle-Behnisch und einem engagierten Team unsere Partei voranzubringen.

Was mich dabei besonders antreibt, ist der Wunsch, die ÖDP wieder stärker zu den Menschen zu bringen. Ich möchte wissen, was unsere Mitglieder vor Ort bewegt, welche Ideen sie haben und wo sie Unterstützung brauchen. Denn ich bin überzeugt: Eine starke Partei entsteht nicht allein an der Spitze, sondern vor allem dort, wo Menschen sich engagieren, miteinander diskutieren und gemeinsam etwas verändern wollen. Unsere Basis ist nicht einfach der Unterbau der Partei – sie ist das Herz unserer Gemeinschaft.

Ich möchte zuhören, anpacken und gestalten. Dabei ist mir wichtig, Bewährtes zu erhalten und zugleich den Mut zu haben, neue Wege zu gehen. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und selbstbewusster zeigen, wofür die ÖDP steht: für ökologische Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, Gemeinwohl und eine starke Demokratie. Gerade heute braucht es eine Politik, die den Menschen und das gute Leben für alle in den Mittelpunkt stellt.

Mit Blick auf die kommenden Wahlen liegen große Aufgaben vor uns. Wir wollen mehr Menschen für unsere Ideen begeistern, neue Mitglieder gewinnen und unsere politische Wirkung stärken. Das wird nicht von allein gelingen. Es braucht eine klare Strategie, Zusammenhalt und die Bereitschaft, gemeinsam anzupacken. Vor allem aber braucht es Menschen, die an unsere Sache glauben und diese Begeisterung nach außen tragen.

Ich selbst glaube an diese Partei. Ich glaube an unsere Mitglieder, an ihre Ideen und an die Kraft, die entsteht, wenn wir gemeinsam für unsere Überzeugungen einstehen. Deshalb freue ich mich auf die Begegnungen, die Gespräche und die Zusammenarbeit mit Ihnen und Euch allen.

Für mich ist dieser Parteitag kein Schlusspunkt, sondern ein Anfang. Lasst uns die Aufbruchstimmung mitnehmen, uns gegenseitig stärken und die ÖDP gemeinsam weiterentwickeln. Mit Herz, Mut und Zuversicht können wir viel bewegen.

Ich freue mich darauf, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen und Euch zu gehen!

Kirsten Elisabeth Jäkel

Entwurf

Ermutigende Signale vom 67. ÖDP-Bundesparteitag

In einer Zeit wirtschaftlicher Turbulenzen und deutlicher sozialer Schieflagen hielt die ÖDP ihren 67. Bundesparteitag im sächsischen Chemnitz ab. Diese Ortswahl war das erste große Ausrufezeichen, das Parteiführung und Delegierte Mitte Oktober 2026 setzten. Aber die Botschaft wurde noch präziser: Mit öffentlichen Aktionen zu einer sozialverträglichen Energiewende und einer Absenkung undemokratischer Hürden für kleinere Parteien veranschaulichten die Parteitagsteilnehmer ihr Engagement für eine gerechte und inklusive Gesellschaft sowie für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft.

Die Politik der amtierenden schwarz-roten Bundesregierung wurde dagegen in einem Leitantrag klar abgelehnt. Diese Politik stehe für Sozialabbau, umwelt- und klimapolitisches Versagen, den Abbau von Beteiligungsrechten, mehr Geheimhaltung, die Schwächung erneuerbarer Energien, unzureichenden Hitzeschutz sowie das Scheitern einer echten Verkehrswende.

Steigende Preise für Energie, Lebensmittel, Wohnung & Co. müssten unbedingt gesellschaftlich ausgeglichen werden. Das geböten die Würde des Menschen und der gewünschte soziale Frieden. In einer Aktion am Freitag des Parteitagswochenendes hatten der stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende Helmut Kauer und viele weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Parteitags diesem sozialen Gebot mit einer originellen Aktion Nachdruck verliehen: Helmut Kauer fühlte dem zufällig auch in Chemnitz anwesenden „Bundeskanzler Friedrich Merz“ auf den Zahn, wie es denn um die Auszahlung des lange versprochenen Klimageldes zum Ausgleich der Mehrbelastungen der Energiewende bestellt sei.



Foto: Jan Altnickel

Weil dessen Antworten erwartungsgemäß unbefriedigend ausfielen, forderte Helmut Kauer gemeinsam mit Manuela Ripa, die als Beisitzerin dem Bundesvorstand der Partei angehört, einen gut abgestimmten Dreiklang in der ÖDP-Politik der nächsten Jahre: „Der Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialpolitik müssen wir uns als Einheit widmen!“ Deswegen zahlte die Partei im Anschluss an das Merz-Interview auf dem Platz, wo die Aktion stattfand, auch ein symbolisches Klimageld aus. Das echte Pendant sollte eine faire Rückerstattung der Einnahmen aus der CO_2-Steuer darstellen und

Mehr Bilder und zusätzliche Informationen gibt es in der ausführlicheren Online-Version dieses Beitrags: www.oedp.de/partei/bundesparteitage/bundesparteitag-chemnitz-2026

umweltfreundliches Verhalten unterstützen. Fair sei es deswegen, weil es Menschen mit niedrigeren Einkommen, die sich umweltfreundlich verhielten, spürbar entlaste.

Hürden abschaffen, Zusammenhalt und Frieden fördern

Wo immer die ÖDP in Parlamente gewählt wird, kann sie sich im Sinne der Menschen für eine faire Lastenverteilung und einen Erhalt der gemeinsamen Lebensgrundlagen einsetzen. Das Klimageld wäre eine dieser Maßnahmen, die die ÖDP im deutschen Bundestag mit Hochdruck verfolgen würde. Doch noch wird sie – wie andere Parteien auch – durch undemokratische Hürden wie die Sperrklauseln oder das Prinzip der „abgestuften Chancengleichheit“ (begrenzte Sichtbarkeit im öffentlichen Raum bzw. in Medien) bei diesem Vorhaben behindert. Wie in den letzten Jahren deutlich wurde, gewährleistet eine künstlich erzwungene Reduktion der Anzahl der in den Parlamenten vertretenen Parteien weder die Bildung stabiler Mehrheiten und Regierungen, noch verhindert sie den Aufstieg extremer Parteien mit verfassungsfeindlichen und menschenverachtenden Positionen. Wenn der Burggraben bereits überwunden ist, macht es keinen Sinn, sich weiter um dessen Erhalt zu kümmern. Vielmehr sollten sich die „etablierten Parteien“ im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Friedens schleunigst für eine Berücksichtigung aller Stimmen im demokratischen System einsetzen. Sonst wird die Burg irgendwann fallen und jene Parteien mit ihr.

Neuer Bundesvorstand mit Doppelspitze

Organisatorische Hindernisse hat die Partei mit der Einführung einer Doppelspitze nun auch auf Bundesebene abgebaut. Zwar wurden in der Debatte des zugrunde liegenden Antrags auch andere Argumente diskutiert, aber Gründe wie mehr Flexibilität und Entlastung für die Bundesvorsitzenden überzeugten die Delegierten zur Annahme des Antrags.

Gewählt wurden schließlich als gleichberechtigte Bundesvorsitzende der bisherige Bundesvorsitzende Günther Brendle-Behnisch und seine bisherige erste Stellvertreterin Kirsten Elisabeth Jäkel. Diese Doppelspitze wird im Bundesvorstand durch Helmut Kauer und Prof. Dr. Herbert Einsiedler als Stellvertreter unterstützt. Zum Schatzmeister haben die Delegierten Prof. Dr. Felix Leinen erkoren, dieser wird vertreten durch Yorck Müller-Dieckert. Das Amt der Schriftführerin übernimmt nach ihrer Wahl Dr. Corinne Enders, die bisher stellvertretende Schriftführerin war. Sie wiederum wird vertreten von Rahel Wehemeyer-Blum. Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden gewählt: Manuela Ripa, Guido Klamt, Lukas Leinen und Willi Reinbold, außerdem Ilias Ajam-Oghli als Vertreter der Jugendorganisation JÖ.

Pressekonferenz mit Klartext und einem konstruktiven Angebot

Am letzten Tag des ÖDP-Bundesparteitags gaben die neu- oder wiedergewählten Bundesvorstandsmitglieder in einer Pressekonferenz einen Ausblick auf ihre Vorhaben und Prioritäten für die nächsten zwei Jahre. Neben einer Rückbesinnung auf die Werte der Partei wolle man sich laut Günther Brendle-Behnisch verstärkt für wirklich nachhaltige Wirtschaftsreformen einsetzen: „Das Ziel muss eine Kreislaufwirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen sein – eine Wirtschaft, die nicht auf Gewinnmaximierung aufbaut, sondern zum Wohl aller Menschen funktioniert.



Foto: Marcus Lieder

*Insgesamt acht der 13 Bundesvorstandsmitglieder der letzten Amtsperiode setzen ihr Engagement im Führungsgremium der ÖDP fort, weitere fünf Mitglieder (markiert mit *) wurden neu gewählt (von links, stehend): Kirsten Elisabeth Jäkel, Günther Brendle-Behnisch, Lukas Leinen, Guido Klamt*, Manuela Ripa, Ilias Ajam-Oghli*, Dr. Corinne Enders, Prof. Dr. Felix Leinen*, Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Willi Reinbold; kniend: Helmut Kauer, Rahel Wehemeyer-Blum*; es fehlt: Yorck Müller-Dieckert*.*

Entwurf

Die Rettung der Umwelt und soziale Gerechtigkeit müssen unbedingt zusammengeführt werden.“ Es sei eine Bankrotterklärung, wenn wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten könnten, wie Bundeskanzler Friedrich Merz behauptete. Dem hält Brendle-Behnisch entgegen: „Ein intakter Sozialstaat ist doch die wichtigste Aufgabe, die eine Regierung hat.“

Brendle-Behnischs Kollegin im Parteivorsitz, Kirsten Elisabeth Jäkel, ergänzte in Anbetracht stark steigender Rüstungsausgaben Deutschlands: „Waffen können wir uns leisten, aber Soziales nicht, das kann es nicht sein. Was wir vielmehr dringend brauchen, ist das von uns geforderte Erziehungs- und Pflegegehalt, denn nur damit können wir die Probleme in diesem Bereich lösen.“

Wie die ÖDP-Europaabgeordnete Manuela Ripa anmerkte, benötigten die Bürgerinnen und Bürger Hilfe und Orientierung in diesen herausfordernden Zeiten: „Wir müssen die Menschen in der Transformation unterstützen und wieder Zuversicht vermitteln.“ Am Herzen liegt der ÖDP-Politikerin dabei auch eine gerechte Lastenverteilung: „Eine Krankenschwester, die mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, darf nicht stärker belastet werden wie jemand, der mit seinem luxuriösen Lebensstil ein Vielfaches an CO_2 verursacht.“

Mit einer ausgewogenen und unsere Lebensgrundlagen schützenden Politik sei es möglich, die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft zu meistern. Die ÖDP stehe bereit, dieses Vorhaben im Sinne der Menschen und ihrer Mitgeschöpfe anzugehen.

Keine Gentechnik auf unseren Tellern!

Der 17. Juni dieses Jahres war ein schwarzer Tag für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa. Denn an jenem Tag hat das Plenum des Europäischen Parlaments das neue EU-Gesetz zu den sogenannten Neuen Genomischen Techniken (NGT) angenommen. Damit ist der Weg frei für die Deregulierung neuer gentechnischer Verfahren. Ich habe dabei einen fraktionsübergreifenden Änderungsantrag unterstützt, mit dem wir die finale Verabschiedung der Verordnung noch stoppen wollten – leider ohne Erfolg.

Die geplante Aufweichung des Gentechnik-Rechts bedeutet einen Paradigmenwechsel. Sogenannte Kategorie-1-Pflanzen, die bis zu 20 gentechnische Veränderungen haben, sollen künftig wie konventionell gezüchtete Pflanzen behandelt werden. Das bedeutet, es wird für diese Gentechnik-Pflanzen keine Risikoüberprüfung geben. Das Vorsorgeprinzip, zu dem sich die EU-Staaten rechtsverbindlich bekannt haben, wird damit mit Füßen getreten. Es wird auch keine Kennzeichnungspflicht geben. Verbraucher wissen also dann gar nicht, ob sie Gentechnik auf dem Teller haben oder nicht.

Verbrauchern sowie Landwirten droht damit ein grundlegendes Recht verloren zu gehen, nämlich die freie Entscheidung darüber, ob sie Neue Gentechnik auf ihren Tellern haben oder sie in ihrer täglichen Arbeit einsetzen wollen.

Sehr ärgerlich ist auch, dass das noch 2024 vom Europäischen Parlament geforderte Patentverbot während der Trilogverhandlungen mit der EU-Kommission und dem Ministerrat unter den Tisch gefallen ist. Die Folge wird eine weitere Konzentration von Marktmacht bei wenigen multinationalen Saatgut- und Agrarkonzernen sein. Das würde zulasten der bäuerlichen Landwirtschaft und von Züchtern gehen. Es geht hierbei aber auch um die europäische

Die Folge wird eine weitere Konzentration von Marktmacht sein.

Souveränität im Agrar- und Ernährungsbereich. Wenn unsere Ernährungssicherheit immer mehr von geschützten Patenten einiger weniger internationaler Konzerne abhängt, verliert Europa seine Unabhängigkeit bei der Lebensmittelproduktion.

Bereits heute führen komplexe Patentstrukturen zu Rechtsunsicherheit. Kleinere Zuchtbetriebe haben oft weder die finanziellen noch die rechtlichen Möglichkeiten, sich gegen Patentverletzungsvorwürfe zu verteidigen oder teure Lizenzvereinbarungen abzuschließen.

Auch fehlen Koexistenzregeln zwischen Landwirten, die diese Pflanzen verwenden, und der Biolandwirtschaft. Es kann also zu Kontaminationen kommen, etwa durch gemeinsam genutzte Maschinen oder Pollenflug, und so die Biolandwirtschaft gefährdet werden. Auch Haftungsfragen stellen sich bei unbeabsichtigten Vermischungen.

Hinzu kommt, dass Risiken für die Biodiversität bestehen. Denn ohne gründliche Prüfung, ohne Risikoüberprüfung, können negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt nicht ausgeschlossen werden. Kurzum: Ich habe aus all diesen Gründen gegen dieses Gesetz gestimmt und Änderungsanträge unterstützt, die u. a. für die Risikoüberprüfung, für die Kennzeichnungspflicht und für ein Patentverbot waren. Leider sind diese Änderungsanträge nicht durchgekommen, sodass der Deregulierungskompromiss aus den Trilog-Verhandlungen unverändert angenommen wurde.

Widerstand gegen die beschlossenen Regeln

Als Europaabgeordnete der „ÖDP – die Naturschutzpartei“ werde ich mich weiterhin, gemeinsam mit der Partei, auf allen politischen Ebenen dafür starkmachen, dass Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz sowie die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen bei politischen Entscheidungen im Mittelpunkt stehen. Es ist deshalb jetzt nicht an der Zeit, den Kopf in den Sand zu stecken. Es gibt noch eine Chance, die beschlossenen Regeln zu verhindern. So erwägt die Slowakei offiziell eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die neue EU-Verordnung. Auch andere Länder wie Kroatien, Österreich oder Ungarn haben heftige Kritik geübt und könnten eine Klage erwägen. Wie umstritten die aufgeweichten Regeln für die Gentechnik sind, zeigt auch das Abstimmungsergebnis im EU-Ministerrat zur geplanten Verordnung. Es stimmten nur 18 von 27 Staaten für die NGT-Verordnung, und diese repräsentierten 66,6 % der EU-Bevölkerung. Damit wurde das Quorum von mindestens 65 % nur sehr knapp erreicht. Aber auch verschiedene europäische Organisationen planen rechtliche Schritte. Von Ökolandbauorganisationen beauftragte Juristen kommen zu dem Schluss, dass wegen des offensichtlichen Verstoßes gegen das europäische Vorsorgeprinzip eine realistische Möglichkeit bestehe, die neuen Regeln gerichtlich kippen zu lassen. Überdies würde die Verordnung gegen das sogenannte Cartagena-Protokoll verstoßen. Dieses legt völkerrechtlich verbindliche Regeln fest für den grenzüberschreitenden Transport von bzw. Umgang und Handel mit lebenden, gentechnisch veränderten Organismen.

Deutschland ist jetzt aufgerufen, allein aus Gründen des Vorsorgeprinzips und des Verbraucherschutzes gegen dieses Gesetz zu klagen oder sich einer Klage anderer Mitgliedsstaaten anzuschließen.

Für uns als ÖDP ist die Abstimmungsniederlage im EU-Parlament kein Grund, aufzugeben, sondern ein klarer Auftrag, den Widerstand jetzt erst recht zu verstärken. Die ÖDP bleibt die verlässliche Anwältin für den Erhalt unserer gentechnikfreien Landwirtschaft und wird sich auch in Zukunft mit aller Kraft gegen jede Aufweichung der strengen Zulassungsregeln für neue Gentechnik-Verfahren stemmen, um den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie der Umwelt dauerhaft zu sichern.



Foto: Büro Manuela Ripa

Entwurf

Baden-Württemberg

Landesparteirat im Zeichen der kommenden Kommunalwahlen

Am 19. September trafen sich in Stuttgart beim Landesparteirat Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Kreisverbände, um sich über die Aktivitäten auszutauschen und konkret auch die Kommunalwahlen im Jahr 2029 in den Blick zu nehmen. Der Landesvorstand hat sich vorgenommen, bei Bedarf alle Kreisverbände, in denen ein Antritt auf Gemeinde- und/oder Kreisebene anvisiert wird, gezielt zu unterstützen.

Der Landesvorstand hatte in einer Klausursitzung ein Konzept erstellt, wie die ÖDP Baden-Württemberg vorankommen kann. Dieses Konzept wurde von den Anwesenden besprochen und verbessert. Die ÖDP ist die wahre Alternative zu den etablierten Parteien, denn sie hat ein hervorragendes, zukunftsfähiges Programm und bietet sachliche und konstruktive politische Arbeit. Das ist in einer Zeit zahlreicher Krisen und grassierender populistischer Parolen unverzichtbar.

Es ist jedoch notwendig, die parteiinterne Vernetzung weiter zu verbessern und auch nach außen hin stärker auf unsere Zielgruppen sowie auf die Bevölkerung vor Ort zuzugehen. Ein Schwerpunkt wird in den nächsten beiden Jahren darauf liegen, die Politik unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vor Ort so gut wie möglich der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Landesvorstandsmitglieder werden versuchen, die Lage in den Kreisverbänden möglichst genau zu erfassen und bei Bedarf Möglichkeiten der Unterstützung zu besprechen. Unterstützung kann aber auch jederzeit bei dem Landesgeschäftsführer Uli Stein oder bei dem Regionalbeauftragten Matthias Dietrich erbeten werden. Wer sich frühzeitig Gedanken über eine eigene Kandidatur macht, kann 2029 gut vorbereitet zur Wahl antreten.

Unter-5-%-Parlament

Bei der letzten Landtagswahl sind in Baden-Württemberg über 15 % der Wählerstimmen auf Parteien entfallen, die die 5-%-Hürde nicht überwinden konnten. So ist die Idee eines Unter-5-%-Parlamentes entstanden und von außen an die ÖDP herangetragen worden. Ziel ist es, diesen Parteien größere Sichtbarkeit zu verleihen. Inzwischen haben elf Parteien (einschließlich der ÖDP) von 17 ihre Teilnahme zugesagt, darunter auch vergleichsweise bekannte wie die FDP und die Freien Wähler. Derzeit finden Gespräche über eine weitere Konkretisierung des Vorhabens statt. Der Start ist durchaus vielversprechend.



Foto: Karina Tyroller

ÖDP Baden-Württemberg
Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: 0711 6364644
info@oedp-bw.de
Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: 07121 880104
matthias.dietrich@oedp-bw.de
www.oedp-bw.de

Entwurf

Bayern

„Macht auf Zeit“: Wie sieht’s aus?

Das war in den vergangenen Wochen die meist gestellte Frage, wenn in der Landesgeschäftsstelle das Telefon läutete. Die Antwort: Fast geschafft! In knapp drei Monaten und trotz Sommerferien wurden für das bayerische Volksbegehren zur Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten schon mehr als 20.000 Unterschriften gesammelt. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses waren allerdings noch etliche Unterschriftenlisten unterwegs und die Hürde von 25.000 wurde noch nicht überschritten. Dennoch herrscht große Zuversicht, dass dies bald gelingen wird. Denn noch ein neuer Aspekt hat sich nach den aktuellen Wahlergebnissen für unser Volksbegehren geöffnet: Was, wenn eine extremistische Partei in Bayern den Regierungschef stellen würde, was uns hoffentlich für alle Zeiten erspart bleiben wird? Sollte das passieren, dann kann eine Amtszeitbegrenzung wie ein zusätzlicher Schutzpfeiler für unsere Demokratie wirken! An diesem Schutz arbeiten wir.

Alle Infos und Materialien unter www.oedp-bayern.de/themen/macht-auf-zeit

Interview mit Bernhard Schmitt: Bernhard, wie habt Ihr das geschafft?

Mit 1.000 gesammelten Unterschriften liegt der Kreisverband Aschaffenburg ganz vorne beim bayerischen Volksbegehren „Macht auf Zeit“, mit dem per Verfassung die Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zehn Jahre begrenzt werden soll. Der stellvertretende Kreisvorsitzende erklärt gegenüber der politischen Geschäftsführerin der ÖDP Bayern, Ronja Zöls-Biber, die Erfolgsfaktoren in seiner Heimatstadt.

Ronja Zöls-Biber: Bernhard, das Gelingen eines ÖDP-Volksbegehrens hängt unter anderem von den Ehrenamtlichen in der Partei ab, die sich zum Unterschriftensammeln bereit erklären. Konntet Ihr hierzu in Aschaffenburg auf besondere Weise motivieren?

Bernhard Schmitt: Die Verfügbarkeit von Personal sieht bei uns nicht anders aus als in anderen Kreisverbänden. Tatsächlich hatten wir selten mehr als zwei Ehrenamtliche am Stand. Doch von einem klassischen Stand spreche ich gar nicht – und das ist ein wichtiger Punkt. Wir haben diesmal auf einen mit ÖDP-Schirm ausgestatteten Fahrradanhänger gesetzt. Da ein Fahrradanhänger nicht als Stand gilt, muss man ihn auch nicht anmelden und kann sich immer den Platz aussuchen, der einem gerade am besten gefällt. Ein weiterer Vorteil besteht

darin, dass die Aufbauzeit fast komplett entfällt und man auch keine Helfer braucht. Obendrein kommt der Fahrradanhänger sehr sympathisch rüber.

Wo habt Ihr Euch mit diesem Fahrradanhänger platziert?

Gute Erfahrungen haben wir in der Nähe des Wochenmarktes gesammelt. Hier findet man ein entsprechend interessiertes Klientel und die Leute sind meist nicht im Zeitstress. Oft war auch nur einer von uns in der Fußgängerzone. Es war übrigens nicht das erste Mal, dass wir den Fahrradanhänger im Einsatz hatten. Auch bei der Kommunalwahl hatten wir ihn schon für den Wahlkampf genutzt.



Foto: Bernhard Schmitt



Bernhard Schmitt
Jahrgang 1966, ist von Beruf Geschäftsführer. Er lebt mit seiner Frau in Aschaffenburg, wo er seit 2014 für die ÖDP im Stadtrat sitzt. Nach Abitur, Wehrdienst und einem Auslandsjahr in Frankreich absolvierte er eine Lehre zum Industriekaufmann, bevor er an der Universität Bayreuth sein Studium der Betriebswirtschaftslehre abschloss. Ehrenamtlich leitet er den Kirchenchor Maria-Geburt, Aschaffenburg und engagiert sich für den Unverpacktladen ADAM FAIRkaufen e. G.
bernhard.schmitt@oedp.de

Anhänger, Schirm, Listen – das war's an Utensilien?

Sehr nützlich war außerdem eine Vorsortiermappe. Diese hat uns die Arbeit ziemlich erleichtert. Die Fächer wurden mit einem Auszeichnungsgerät mit den unterschiedlichen Ortsnamen des Landkreises beschriftet. So konnten wir mit einem Handgriff die Formulare finden, auf denen schon Unterschriften von einer Gemeinde geleistet wurden. Für künftige Volksbegehren werden wir diese Vorsortiermappen auch für die Eintragungsstellen beschriften.

Wie habt Ihr sonst noch auf Euch aufmerksam gemacht?

Fast die ganze Zeit haben wir gerufen: „Volksbegehren! Amtszeitbegrenzung! Bayerischer Ministerpräsident!" Die Reaktionen waren natürlich geteilt. Manche guckten schnell weg, andere lächelten, wieder andere fragten nach. Und Letztere haben in neun von zehn Fällen dann auch unterschrieben.

Wie viel Zeit wurde fürs Sammeln investiert?

An den normalen Markttagen waren wir mindestens drei Stunden vor Ort. Ein großer Erfolg war für uns das dreitägige Stadtfest am letzten Augustwochenende. Bis zu zehn Personen waren an den Stadtfesttagen in mehreren Schichten bis zu 14 Stunden anwesend. Insgesamt kommen wir auf 14 Tage, an denen mindestens einer von uns in der Innenstadt präsent war.

Konntet Ihr diese Sammelzeiten in der Presse vorankündigen?

Von unserer Tageszeitung erfuhren wir eine bislang einzigartige Beachtung. Die insgesamt 1.400 Euro, die wir in zwei Anzeigen investiert haben, haben möglicherweise auch nicht geschadet. Einige Unterschreibende berichteten auch, dass sie aufgrund der Anzeigen und der redaktionellen Berichte auf die Initiative aufmerksam wurden.

In den Anzeigen gab es auch Hinweise auf zwei Läden, in denen Unterschriften geleistet werden konnten …

Ja, genau. In einem Buchladen, der einem ÖDP-Kollegen gehört, gab es die Möglichkeit zu unterzeichnen. Außerdem hat sich noch ein Unverpacktladen, in dem ich Genossenschaftsmitglied bin, angeboten, Listen auszulegen. Solche festen, zusätzlichen Anlaufstellen in einer Stadt sind natürlich auch nicht schlecht.

Was nehmt Ihr Euch vor für einen möglichen Eintragungszeitraum im Rathaus?

Dann müssen wir vor allem den Landkreis noch besser bespielen und vor Ort Mitglieder aktivieren. Und auch in der Stadt sollten sämtliche Hebel in Bewegung gesetzt werden. Alle, die keine Tageszeitung lesen, müssen auf andere Weise erreicht und angesprochen werden. Ich denke, gut wäre auch die Organisation einer Veranstaltung zum Thema.

Was hat Euch bei diesem Volksbegehren motiviert?

Da die Marke ÖDP wie jede andere Marke von der Frequenz lebt, haben wir uns mit dem Volksbegehren „Macht auf Zeit" einen großen Gefallen getan. Mit diesem nicht ökologischen Thema konnten wir unseren Wirkungskreis deutlich erweitern. Wir sind die Naturschutzpartei, aber eben nicht nur! Der Schutz unserer Demokratie und in besonderer Weise der direkten Demokratie ist unser stärkstes Alleinstellungsmerkmal, bei dem wir größte Erfolge vorweisen können. Hier sollten wir weiter dranbleiben.

ÖDP-Protest beim Atomendlager-Infomobil: „Söder will noch mehr Atomdreck erzeugen!"

Das Endlager-Infomobil des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) tourt durch die Republik und hat auch in Passau Station gemacht. Nach



Foto: Josef Lang

Protest gegen Söders Atompolitik vor dem Endlager-Infomobil in Passau (von links): die Kreisvorstandsmitglieder Katharina Steininger und Maria Schöfberger, die bayerische ÖDP-Chefin und Kreistagsfraktionsvorsitzende Agnes Becker, Stadträtin Diane Mohrhauer, Kreisrat Walter Dankesreiter und der niederbayerische ÖDP-Vorsitzende und Bezirksrat Urban Mangold

Entwurf

Ansicht der ÖDP ruft dies in Erinnerung, „dass die Frage der Endlagerung hochgiftigen Atommülls nach wie vor ungeklärt ist". „Und trotzdem befürwortet der bayerische Ministerpräsident Söder neue Atomkraftwerke. Er will noch mehr Atomdreck erzeugen und der bayerischen Bevölkerung die atomare Bedrohung erneut aufzwingen; aus parteitaktischen Gründen, weil Söder glaubt, dass er damit ein paar Stimmen von der AfD zurückholen kann. Wir halten das für verantwortungslos", erklären die bayerische ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker und Bezirksrat Urban Mangold. „Wer nachfolgenden Generationen nicht noch mehr Atommüll hinterlassen will, kann Herrn Söder bei der Landtagswahl ein Signal senden", so Becker und Mangold.

Mehr unter: www.t1p.de/oep205-by-infomobil

Alina Hille (26) ist neue Chefin der ÖDP Schwaben: „Offene Türen für junge, politisch interessierte Menschen"

Der Bezirksparteitag der ÖDP Schwaben hat Alina Hille aus Burtenbach zur neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Die 26-jährige Heilerziehungspflegerin ist zugleich stellvertretende Vorsitzende in ihrem Heimatkreisverband Günzburg. Sie löst die bisherige Vorsitzende Krimhilde Dornach ab, die nicht mehr zur Wahl antrat. In die ÖDP ist Alina Hille im Jahr 2020 nach dem erfolgreichen Volksbegehren „Rettet die Bienen!" eingetreten. Für die nächsten Monate hat sie sich vorgenommen, für das aktuelle ÖDP-Volksbegehren „Macht auf Zeit" die Werbetrommel zu rühren. Direkte Demokratie stärke das Vertrauen in die demokratischen Prozesse. Die bayerischen ÖDP-Vorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff sehen in der Wahl von Alina Hille zur neuen Bezirkschefin „auch ein Signal an junge Menschen, dass ihnen in der ÖDP die Türen weit offen stehen".

Mehr unter: www.t1p.de/oep205-by-schwaben



Foto: ÖDP

Alina Hille (Mitte) ist die neue Bezirksvorsitzende der ÖDP Schwaben; Peter Biet (links) und Anton Weitmann sind ihre Stellvertreter.

Abschied von Karin Fischer



Karin Fischer war in den 1980er- und 1990er-Jahren eine von denen, die der ÖDP ein Gesicht gegeben und sie mit geprägt hatten. Jeder, der sie kennenlernen durfte, wird sich gerne an sie zurückerinnern: an ihre herzliche, aufrichtige, verbindende und verbindliche Art. Im Alter von 86 Jahren ist sie am 4. Mai 2026 verstorben.

Als langjährige Kreisvorsitzende im Landkreis Main-Spessart und Bezirksvorsitzende Unterfranken sowie Mitstreiterin in der damaligen Geschäftsstelle Nordbayern und Bundesaktionszentrale in Würzburg lag eine ihrer hervorragenden Stärken im Netzwerken. Im persönlichen Gespräch war sie mit vielen Denkern innerhalb der Partei verbunden und konnte so wichtige Kontakte herstellen und verknüpfen. Karin lebte ihre Prinzipien und somit die Botschaft der ÖDP und überzeugte im persönlichen Gespräch.

Ihr fürsorgliches und empathisches Wesen kam auch dem Team in der damaligen Würzburger Geschäftsstelle zugute. Wir konnten von Karins Lebenserfahrung und Fröhlichkeit vieles mitnehmen und hatten zusammen Freude an unserer Arbeit und dem gemeinsamen Ziel, Menschen für unsere Idee zu gewinnen und diese in die Gesellschaft zu tragen.

Vielen Dank für Deinen unermüdlichen Einsatz für Mensch und Natur!

Liebe Karin, wir werden Dich nicht vergessen!

Margit Kleemann und Georg Pickel

Entwurf

Berlin

Berlin hat gewählt – und die ÖDP war mit dabei

Die ÖDP ist eine von nur vier Parteien, denen es in einem schwierigen Umfeld gelungen ist, ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl 2023 zu verbessern. Mit einer Steigerung der Zweitstimmen um immerhin 52 % im Vergleich zu 2023 und einem Stimmenanteil von 0,1 % kletterten wir im Ranking der angetretenen Parteien von Platz 22 auf Platz 12. Die Wahlkampagne „Rettet den Respekt", die bewusst für demokratische Werte wie Dialog, Kompromiss und Gemeinwohl warb, sorgte für einige Aufmerksamkeit und viele Menschen ließen uns wissen, dass ihnen unsere Slogans aus dem Herzen sprechen.

Plakatiert wurde im Stadtgebiet und mit Großplakaten auf U-Bahnhöfen. Die



Foto: Björn Benken

begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen unseres kleinen Landesverbandes limitierten jedoch die Sichtbarkeit, die deutlich hinter der Präsenz der größeren Parteien zurückblieb. Anders als bei früheren Wahlen berichteten die einflussreichen Hauptstadt-Medien mit keinem Wort über den Wahlkampf bzw. die politischen Positionen der ÖDP. Umso erfreulicher war deshalb ein Interview im Offenen Kanal und die Möglichkeit, auf einer Demo für Stadtbäume zu sprechen. Positiv zu erwähnen ist auch ein leichter Anstieg der Mitgliederzahl während des Wahlkampfs. Die ÖDP Berlin möchte den eingeschlagenen Weg weitergehen und sich auch künftig gegen eine Spaltung der Gesellschaft engagieren.



Foto: Björn Benken

Die ÖDP-Mitglieder Michael Hogh (links) und Thomas Kuhn beim Plakate-Aufhängen

ÖDP Berlin
Dr. Andrea Brieger,
Landesvorsitzende
Tel.: 0178 4716146
info@oedp-berlin.de
www.oedp-berlin.de

Dies geschieht u. a. in einer Projektgruppe, in der auch Mitglieder aus anderen Landesverbänden willkommen sind.

Hessen

ÖDP Hessen unterstützt Volksbegehren „Löwenstarke Demokratie"

„Ach ja, ihr seid die mit den Volksbegehren in Bayern!", hört man gelegentlich außerhalb des Freistaates am ÖDP-Infostand. Die direkte Demokratie prägt das öffentliche Bild und das Selbstverständnis unserer Partei. Wir verstehen: Demokratie ist mehr als wählen gehen. In Hessen ist bisher kein Gesetz auf dem Wege der Volksgesetzgebung zustande gekommen. Zudem hat die hessische Landesregierung im Frühjahr 2025 beschlossen, dass Bürgerbegehren zu großen Bauprojekten zukünftig nicht mehr möglich sind. Das Bündnis „Löwenstarke Demokratie Hessen" will nun per Volksbegehren ein Bürgerbeteiligungsgesetz durchsetzen.

Der Landesverband Hessen der ÖDP hat sich schon früh dem Bündnis angeschlossen. Zu den insgesamt bisher 15 Bündnispartnern gehören neben der ÖDP und vielen anderen: Mehr Demokratie Hessen, BUND Hessen und die Landesverbände der Parteien Volt, Tierschutzpartei, Piraten, Die Linke und Freie Wähler. Die hessischen Gliederungen von ADFC und NABU unterstützen das Volksbegehren. Gemeinsames Ziel ist es, mehr direkte Demokratie und verbindliche Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger in Hessen zu schaffen.

Im laufenden Jahr 2026 stehen Öffentlichkeitsarbeit, die Erstellung von Informationsmaterialien sowie ein umfassendes Briefing für Sammlerinnen und Sammler im Mittelpunkt. Für 2027 ist die erste Stufe der Unterschriftensammlung vorgesehen, in der landesweit 50.000 gültige Unterstützungsunterschriften erreicht werden sollen. Die hessische ÖDP will die Sache bei jedem Schritt aktiv unterstützen. Menschen in ganz Deutschland können beim Sammeln helfen oder das Bündnis mit einer Spende stärken.

Mehr Informationen unter
www.volksbegehren-hessen.de

Entwurf



Foto: ÖDP Hessen

Der neu gewählte Landesvorstand der ÖDP Hessen ruft zur Unterstützung des Volksbegehrens „Löwenstarke Demokratie" auf (von links): Dietmar Höhmann, Johannes Häde, Larissa Dloczik, Jürgen Reuß, Joachim Hausberg, Bert Woock, Markus Hutter und Frank Deworetzki.

Neuer Landesvorstand

Auf dem Landesparteitag am 12.09.2026 in Frankfurt a. M. hat die ÖDP Hessen einen neuen Landesvorstand gewählt. Als Beisitzer gehören ihm Dietmar Höhmann, Larissa Dloczik, Frank Deworetzki, Johannes Häde und Bert Woock an. Alter und neuer Schatzmeister ist Jürgen Reuß. Joachim Hausberg wurde zum Stellvertreter des Landesvorsitzenden Markus Hutter gewählt.

ÖDP Hessen
Markus Hutter, Landesvorsitzender
Tel.: 0151 41937307
info@oedp-hessen.de
www.oedp-hessen.de

Nordrhein-Westfalen

ÖDP NRW in Brüssel – gelungener Besuch bei Manuela Ripa

Hautnah im Europaparlament unsere ÖDP-Abgeordnete Manuela Ripa in ihrem Umfeld zu erleben, das ist eine Reise nach Brüssel wert. „Die Sprachenvielfalt führt uns vor Augen: Brüssel ist der Ort, die Vielfalt Europas zu erleben, wo Politik für Europa passiert", so Corinne Enders vom Bundesvorstand der ÖDP.

Und es erinnert uns gleichzeitig daran, wie wichtig Kommunikation ist. Der Halbkreis des Parlaments im Plenarsaal ist von Übersetzer-Balkonen gekrönt. Übersetzer und Kommunikation brauchen wir auch in NRW dringend, um miteinander reden zu können. „Wir, die ÖDP-Gruppe aus NRW, können einen Besuch im EU-Parlament nur empfehlen! Er bereichert!", so Enders.

Manuela Ripa ging im Gespräch mit der NRW-Besuchergruppe auf die Themen

künstliche Intelligenz (KI) und Gefahren der sozialen Medien ein: „Wenn Meta Kinder und Jugendliche in den USA besser vor den Risiken seiner Plattformen schützen kann, dann kann und muss der Konzern das auch in Europa tun. Kinderrechte sind universell und dürfen nicht von Marktgrenzen abhängen. Beim Kinder- und Jugendschutz darf Meta nicht mit zweierlei Maß messen“, so Ripa. „Wirksamer Jugendschutz ist technisch möglich, aber er greift in das Geschäftsmodell der Plattformen ein. Weniger Nutzungszeit bedeutet weniger Aufmerksamkeit und weniger Werbeeinnahmen. Gerade deshalb darf der Schutz von Kindern nicht davon abhängen, wie weit ein Social-Media-Konzern freiwillig gehen will. Wir müssen in Europa dafür sorgen, dass digitale Angebote von Anfang an sicher und kindgerecht gestaltet sind.“

Manuela Ripa verdeutlichte auch ihren Einsatz für einen verantwortungsvollen, regulierten und am Gemeinwohl orientierten Gebrauch von KI. „Aus meiner Sicht bietet die Technologie große Chancen, bedarf jedoch klarer europäischer Leitplanken, um Grundrechte, Privatsphäre und Demokratie zu schützen.“

Prof. Dr. Herbert Einsiedler vom ÖDP-Bundesvorstand informierte die Europaabgeordnete über die Planungen zur Flutung der Tagebaue Hambach, Garzweiler und Inden und machte auf die sich hieraus ergebenden Gefahren für Gesundheit, Natur und Umwelt aufmerksam.

„Es war eine äußerst gelungene Fahrt. Schön, mal ein wenig Einblick in die Arbeit unserer EU-Abgeordneten Manuela Ripa zu erhalten. Solch ein Ausflug stärkt auch ungemein das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Teilnehmern, sodass ein ehemaliges ÖDP-Mitglied als einer der Teilnehmer nun wieder seine Mitgliedschaft erneuern will“, so das Fazit des stellv. Landesvorsitzenden der ÖDP NRW, Frank Schulz.

ÖDP Nordrhein-Westfalen
Jens Geibel, Landesvorsitzender
Tel.: 0151 17681612
info@oedp-nrw.de
www.oedp-nrw.de



Foto: Büro Manuela Ripa

Entwurf

Erfolgreiche Weiterentwicklung

Sowohl der Stiftungsvorstand als auch der Stiftungsrat treffen sich regelmäßig. Bei Klausurtagungen des Stiftungsvorstands wird zielgerichtet gearbeitet, zuletzt bei der Klausur vom 31.07.–02.08.2026 in Fischbachau. Dort bearbeitete der Stiftungsvorstand unter Anleitung eines Stiftungsberaters Fragestellungen zur professionellen Organisationsentwicklung: Wohin wollen wir und wie kommen wir dahin? Der Stiftungsvorstand wird diese Fragen konkretisieren. Bereits bei der Klausur Ende Januar in Bad Zwischenahn wurde zur Vorbereitung einer Gemeinwohl-Bilanz mit einem GWÖ-Berater eine „ECOnGOOD Business Canvas“ erstellt – ein grafisches Werkzeug für gemeinwohl-orientiertes Gründen.

Auf der Tagesordnung des Stiftungsvorstands stehen aber auch regelmäßig die Entwicklung der Finanzsituation und Anträge zu Projektförderungen. Die jeweiligen Empfänger werden unter Einhaltung der Förderrichtlinien sorgfältig ausgewählt. Zwei aktuelle Projekte seien kurz vorgestellt:

1. „Den Demokratie-Muskel stärken: Zusammen für das Gemeinwohl! Bildungsveranstaltungen und öffentliche Podiumsdiskussion mit Christian Felber und Roman Huber.“ Ein Seminar zu demokratischen Entscheidungsmethoden, eingebettet nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Veranstalter ist der Freundeskreis Ökodorf e. V. aus dem Bundesland.

2. Die International Federation for the Economy for the Common Good e. V. aus Hamburg erhält eine Förderung für das Projekt „Entwicklung des internationalen Arbeitskreises Bildung (Education Hub).“ Hierbei geht es um dessen Erweiterung zur Verbreitung des GWÖ-Curriculums sowie um Aus- und Weiterbildung Interessierter.

Zur ausführlichen Version dieses Beitrags: www.t1p.de/oep205-mods

Neuer Stiftungsratsvorsitz und Zustiftungen



Foto: Heiko Helmbrecht

Der bisherige Stiftungsratsvorsitzende Gerald Morgner trat aus persönlichen Gründen zurück und schied aus dem Stiftungsrat aus. Heiko Helmbrecht wurde als neuer Vorsitzender des Stiftungsrates gewählt.

Das bisher erreichte Grundstockvermögen bleibt als Betrag erhalten und darf nicht verbraucht werden. Deshalb benötigen wir Zustiftungen in das Verbrauchsvermögen. Daraus werden alle laufenden Kosten beglichen, vor allem aber die Projektförderungen können nur aus diesem Topf entnommen werden.

Um zukünftig Projekte für politische Bildung sowie Umwelt- und Naturschutz fördern zu können, sind wir auf Ihre Mitwirkung angewiesen. Daher freuen wir uns über Ihre erneute finanzielle Unterstützung sehr:

Empfänger: Maria Opitz-Döllinger Stiftung
IBAN: **DE28 3702 0500 0020 1968 71**
Verwendungszweck: Zustiftung Verbrauchsvermögen

Durch die kontinuierliche Arbeit der Stiftungsgremien wird unsere Stiftung stabilisiert. Die Maria Opitz-Döllinger Stiftung ist auf dem besten Weg, eine renommierte Stiftung zu werden.

Martin F. Dreß
stv. Stiftungsvorsitzender

Das Teuerste wird nicht immer das Beste sein

ödp aktiv!

In der ÖDP sind auch biologisch wirtschaftende Landwirtinnen und Landwirte aktiv, die ihre wertvollen Erfahrungen einbringen. Die neuen Gentechnik-Regelungen sehen sie kritisch, weil es bessere und günstigere Alternativen gäbe. Mit einem Biolandwirt haben wir über seine vielfältige Arbeit gesprochen.

Interview mit Andreas Huber



Andreas Huber
Jahrgang 1961, ist von Beruf Biolandwirt und seit 1997 ÖDP-Mitglied. Von 2014 bis 2026 saß er für die ÖDP im Traunsteiner Kreistag, seit 2016 sitzt er außerdem – mit Unterbrechung – im Bezirkstag von Oberbayern.
www.oedp-oberbayern.de

ÖkologiePolitik: Herr Huber, Sie haben ein Mandat im Bezirkstag von Oberbayern, der sich u. a. um Aufgaben des Gesundheits- und Sozialwesens sowie des Naturschutzes kümmert. Gibt es für den Bezirkstag auch so etwas wie einen Wahlkampf?

Andreas Huber: Es ist eine politische Ebene zwischen der kommunalen Ebene Landkreis und der Landesebene. Die Wahl findet zusammen mit den Landtagswahlen statt. Wohl deshalb gehen die Wahl und auch der Bezirkstag selbst in der öffentlichen Aufmerksamkeit immer ein wenig unter. Und die Themen, die er behandelt, ziehen auch nicht die große Aufmerksamkeit auf sich: Krankenhäuser für Psychiatrie, Menschen mit Behinderung, Kultur, Naturschutzgebiete, Fachberatungen für Fischer und Imker.

Bei der Qualität von Lebensmitteln spielt Vertrauen ja auch eine große Rolle. Als Biolandwirt werden Sie bisher bewusst auf Gentechnikfreiheit gesetzt haben. Wie bewerten Sie das im Juni 2026 verabschiedete EU-Gesetz zu Neuen Genomischen Techniken (NGT), mit dem künftig ein großer Teil der betreffenden Pflanzen von strengen Zulassungs-, Risikoprüfungs- und Kennzeichnungspflichten ausgenommen werden soll?

Es ist wieder einmal ein Gesetz, welches Geschäftsinteressen den Vorrang vor Nahrungsmittelsicherheit einräumt. Unter dem Deckmantel der Anpassung an Klimaveränderung und Ernährung einer steigenden Bevölkerungszahl geht es nur um Zentralisierung und Einschränkung der Allgemeinheit. Die Natur hingegen bietet, in Qualität und Quantität, alle Voraussetzungen, sich an Veränderungen der Umgebung anzupassen.

Ein Blick auf Bilder aus der Geschichte der Landwirtschaft und der Gärten zeigt mir immer wieder: Sehr gute Erträge waren auch in der Vergangenheit schon möglich, nur wurden etliche Verfahren aus den Büchern gelöscht und sind einer Einheitsmeinung gewichen.

Wird es in Zukunft überhaupt noch Bio-Lebensmittel im herkömmlichen Sinne geben können? Und was werden Sie tun, um Ihren Kunden die vertraute Qualität anbieten zu können?

Ja, aber eben nicht im Supermarkt und kaum in großen Strukturen. Wer auf gute, natürliche Qualität Wert legt, wird genauer hinschauen müssen und Bio wird mehr denn je die erste Wahl sein. Dabei wird das Teuerste nicht immer das Beste sein, aber das Billigste sehr wahrscheinlich ein Industrieprodukt aus dem Labor, auch wenn „vegan“ draufsteht.

Meinen Kunden biete ich, im Rahmen der Erntehilfe, immer einen Einblick in meinen eigenen Betriebsablauf und dabei erlernen sie auch Arbeitsvorgänge. Die größte Neugier entsteht aber, wenn sie sehen, wie ich meine Kulturen führe; da wird häufig die gängige Vorstellung vom Wachsen auf den Kopf gestellt. Erst gestern fragte mich eine Nachbarin, warum bei mir das Gemüse so schön wächst, obwohl die Wiesen nebenan alle vertrocknen und ich doch nicht bewässere und nicht dünge.

Seit dem ÖDP-Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ verbietet das Naturschutzgesetz des Freistaates Bayern die sogenannte grüne Gentechnik. Im EU-Parlament stimmten Manfred Weber und seine CSU-Parteifreunde jedoch für eine Aufweichung der Gentechnik-Gesetze. Sehen Sie Möglichkeiten, in bestimmten Gebieten die Verwendung von NGT-1-Pflanzen zu untersagen und damit dem Volkswillen hinter dem Naturschutzgesetz zu entsprechen?

Die Trennung von Naturschutz, Landwirtschaft und auch Klima war immer schon „Mist“. Alles hängt wie ein Netz zusammen und dazu gehört auch die unsichtbare Welt. Wie lange hat es gebraucht, bis es allen klar war, dass Röntgenstrahlung oder Radioaktivität nicht immer gut für Lebewesen ist (und dabei gibt es noch viel mehr Frequenzen), besonders alle technischen Nutzungen inklusive der Anwendung in Genen oder Zellen?

Bei der Gentechnik kommt dann gerne das Beispiel mit den großen Mengen Insulin, die man herstellen muss. Aber dass man versucht, die Ursachen für diesen Bedarf abzustellen, wird nicht diskutiert. Im Hintergrund geht es darum, Kosten und Aufwendungen für ein Endprodukt zu sparen, welches man in großen Mengen absetzen will, ähnlich wie bei den neuen Impfstoffen, die schnell auf den Markt kommen ohne aufwendige Arzneimittelprüfung. Und man kann sich behandeln lassen gegen Hunderte Krankheiten, die man niemals bekommen würde bei einem gesunden Lebensstil.

Sollen die Gesetzeskenner sich die Köpfe einschlagen – ich bin der Meinung, wir müssen auf die Ursachen den Fokus richten, dann werden solche Methoden schnell unwirtschaftlich und verschwinden in den Schubladen.

Welche weiteren Themen sind Ihnen in der Bezirkspolitik wichtig? Und welche Erfolge hatten Sie?

Der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft ist mir natürlich wichtig. Die psychiatrischen Kliniken haben z. B. landwirtschaftliche Flächen. Da gelang es durch entsprechende Initiativen, einen Anteil der ökologischen Landwirtschaft von 15 % zu erreichen. Es sind aber vor allem viele kleine Dinge, die über den Bezirkstag auf den Weg gebracht werden: z. B. der „Krisendienst Psychiatrie“ – ein Notrufsystem, mit dem die sonst üblichen Polizeieinsätze vermindert werden, wenn jemand „durchdreht“. Aber besonders die Prävention ist mir sehr wichtig. Politik im Bezirkstag bedeutet Kleinarbeit für das Gemeinwohl – und macht deshalb Spaß.

Herr Huber, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Entwurf

Christen in der ÖDP

Katholikentag in Würzburg

Beim 104. Deutschen Katholikentag, der vom 13. bis 17. Mai 2026 in Würzburg stattfand, war der Bundesarbeitskreis „Christen in der ÖDP“ in der Kirchenmeile am Mainufer mit einem Aktiv-Infostand vertreten. Zum Motto „Hab Mut, steh auf!“ passend, konnten sich die Passanten an einer Vier-Schalen-Waage entscheiden, was ihnen für das Gleichgewicht des Planeten am wichtigsten ist. Zur Auswahl standen: Religion/Gebet/Vertrauen, Wirtschaft/Gemeinwohl/Demokratie, Klima- und Artenschutz sowie Bildung/Familie/Bindung, wobei die beiden Letztgenannten die deutliche Mehrheit erhielten. Viele Katholikentagsteilnehmer wurden auf diese Weise erstmalig auf die ÖDP aufmerksam und nahmen oft auch die ausliegenden Prospekte und kleinen Geschenke mit. Es gab aber auch immer wieder ÖDP-Mitglieder, die gezielt zum Stand kamen, um sich zu informieren.



Foto: Werner Roleff

BAK-Mitglieder am ÖDP-Infostand auf dem Katholikentag

Entwurf

Vielfalt beim Gerstensaft …

ödp

Durch Ihre Mitgliedschaft!

Ab 2028 dürfen Gerstensorten und anderen Pflanzen, die mit neuen Gentechnik-Verfahren erzeugt wurden, durch Patente geschützt, normal angebaut und gehandelt werden. Die Folgen für Wettbewerb, Sortenvielfalt und die langfristige Ernährungssicherheit können gravierend ausfallen.
Wir in der ÖDP stehen dagegen für ein gerechtes Ernährungssystem mit Vielfalt im Glas und auf dem Teller.

Seien Sie dabei! www.oedp.de/mitgliedschaft



Foto: Lightspring/shutterstock.com

IMPRESSUM

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 01.01.2027

Herausgeber
Ökologisch-Demokratische Partei, Pommergasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de
Transparenz-Erklärung: oedp.de

Verantwortliche Redakteure
Günther Hartmann, Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de

Jan Altnickel, Rosengarten/Baden-Württemberg
jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Autoren
Dr. Björn Benken, Günther Brendle-Behnisch, Dr. Andrea Brieger, Matthias Dietrich, Martin F. Dreß, Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Jens Gagelmann, Alexander Gebhardt, Markus Hutter, Kirsten Elisabeth Jäkel, Helmut Kauer, Margit Kleemann, Claude Kohnen, Georg Pickel, Manuela Ripa, Thomas Schiffelmann, Jürgen Schilling, Ronja Zöls-Biber

Interviewpartner
Prof. Dr. Antônio Inácio Andrioli, Andreas Huber, Bernhard Schmitt, Prof. Dr. Katja Tielbörger

Layout
Grafikstudio Art und Weise, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion
ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz, Tel.: 06131 679820
redaktion@oekologiepolitik.de, www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00 | BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion
Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und der politischen Willensbildung.

RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C116176

ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.

Ökologie Politik

braucht Unterstützung!

Ist Ihnen schon aufgefallen, dass die ÖP keine Werbeanzeigen enthält? Damit das so bleiben kann, bitten wir Sie um eine Spende oder regelmäßige Förderung.

Förderung:
www.oekologiepolitik.de/abonnement

Spende:
Ökologisch-Demokratische Partei
Verwendungszweck: ÖkologiePolitik
Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE47 3702 0500 0009 8152 01

Herzlichen Dank!

Bitte vormerken!

12.12.2026 (Sa.)
Bezirksparteitag der ÖDP Niederbayern
www.oedp-niederbayern.de

16.01.2026 (Sa.)
„Wir haben es satt“-Demo in Berlin
www.oedp.de

30./31.01.2027 (Sa./So.)
Landesparteitag der ÖDP NRW in Paderborn
www.oedp-nrw.de

19./20.06.2027 (Sa./So.)
68. ÖDP-Bundesparteitag (online)
www.oedp.de

Entwurf

ÖkologiePolitik weiterempfehlen
und abonnieren! Gedruckt oder online.
www.oekologiepolitik.de

Werden Sie Mitglied!
www.oedp.de